hamburg entwickeln!

EINE WELT NETZ WERK Hamburg e.V.

Positionen des Arbeitskreises »Entwicklungspolitik in Hamburg« im Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.

Inhalt

Inhalt 2

Vorwort 3

Entwicklungspolitik des Hamburger Senats 4

Internationale Zusammenarbeit 6

Wirtschaft und Handel 8

Rüstung 10

Klima- und Umweltpolitik 12

Wissenschaft 14

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) 16

Postkolonialismus 18

Flucht und Migration 20

Mitglieder des
Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. 24

Impressum

Herausgeber
Arbeitskreis »Entwicklungspolitik in Hamburg« im Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. (EWNW).
Der AK ist ein Zusammenschluss von rund 15 Mitgliedsgruppen des EWNW. Er trifft sich seit 2006 regelmäßig in der Werkstatt 3, diskutiert Aspekte der Entwicklungspolitik in Hamburg und tauscht sich über neuere Entwicklungen aus. Das Ziel ist, Entwicklungspolitik in Hamburg aktiv mitzugestalten. Seine Tätigkeit ist mit dieser Broschüre keineswegs beendet. Der AK, der auch offen für Nicht-EWNW-Mitglieder ist, trifft sich weiterhin und freut sich auf weitere Interessierte. Die Termine können unter 040-358 93 86 oder unter info@ewnw.de erfragt werden.

AutorInnen
Anneheide von Biela (NMZ), Tina Fritsche, Kurt Hirschler (Koordination der Tanzania-Gruppen), Magnus Kersting (el rojito), Christa Berta Kimmich (e.p.a.), Rebecca Lohse (Nicaragua Verein), Magdalene Mintrop (Hafengruppe), Heiko Möhle (EWNW), Ellen Prowe (open school 21), Juliane Rieche (EWNW), Anke Schwarzer (EWNW), Melanie Stamer (KED), Sonja Tesch (Hafengruppe), Gundela Thiess (AGFJ) und Birte Weiß (basis & woge e.V.)

Redaktion
Anke Schwarzer und Tina Fritsche
Hamburg, Januar 2008

Fotos
Alle Fotos von Marily und Salinia Stroux
außer:
Seite 16 oben: Lena Blosat
Seite 13: Daniel K. Manwire
Seite 2, 5, 6 oben, 14, 16 unten, 19: Heiko Möhle
Seite 7: Arbeitsgemeinschaft Freier Jugendverbände (AGFJ)
Seite 10 unten: Hafengruppe Hamburg

Dank
Viele Köpfe, Hände und Augen haben an dieser Broschüre mitgewirkt. Besten Dank an alle Gruppen und Personen im Arbeitskreis »Entwicklungspolitik in Hamburg«, die mit ihrem Engagement zu dieser Publikation beigetragen haben.
Außerdem danken wir Prof. Dr. Jürgen Ossenbrügge (Universität Hamburg), Marianne Rennberger de Vega sowie den Studierenden Lusine Manukyan und Aziz Agyün aus dem STUBE Nord Programm, Rainer Zimmermann, Jonna Tikkanen und Tina Schönborn.

Gestaltung und Satz
Gundula Scheele, Druckerei in St. Pauli, Hamburg
Druck
Druckerei in St. Pauli, Hamburg, Auflage 750,
gedruckt auf recymago, mattgestr. Recyclingpapier

Sie wollen unsere Arbeit unterstützen und spenden?
Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto 1241/122330

Und so erreichen Sie uns:
Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.
Große Bergstraße 255
22767 Hamburg
fon 040 - 358 93 86
fax 040 - 358 93 88
info@ewnw.de
www.ewnw.de

Vorwort

»There is sufficient for everybody's need but not for everybody's greed.«

Mahatma Gandhi (1869–1948)

Eine reiche Hafenmetropole wie Hamburg, die weltoffen und modern sein möchte, muss entwicklungspolitische Aspekte ganz oben auf die Agenda setzen. Offensichtlich ist, dass der Lebensstil und die Wirtschaftsweise im Norden die Schere zwischen arm und reich weltweit immer weiter auseinander gehen lassen.

Die Hansestadt besitzt viel Potenzial, die drängenden Fragen anzugehen – materiell wie ideell. Hier leben Menschen aus nah und fern, arbeiten WissenschaftlerInnen, Organisationen und Unternehmen mit großem Know How und Kreativität. Mehrere hundert Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Initiativen engagieren sich für mehr Gerechtigkeit und bilden wichtige Netzwerke. Umso enttäuschender ist es, dass die unerträglichen Missstände nur halbherzig angegangen werden und der Senat konzeptlos agiert.

Das beharrliche Engagement der Hamburger Eine-Welt-Initiativen erinnert den Senat immer wieder an seine Verpflichtung »im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen zu sein«, so wie sie in der Landesverfassung verankert ist. Und sie weisen darauf hin, dass Entwicklungspolitik nicht nur in Berlin gemacht wird, sondern auch Aufgabe der Länder und Kommunen ist.

Das Engagement der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft wird vom Senat gefördert, und es gibt konkrete Projekte der Zusammenarbeit – zum Beispiel in der Aktion »hamburg200xmalfair«. Allerdings hat der Senat die – angesichts der großen Aufgaben – ohnehin geringen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren reduziert.

Symbolische Politik statt beherztes Vorgehen mit Konzept

Eine Welt Politik ist aber nicht nur eine Frage des Geldes. Es geht auch um den politischen Willen, sich zum Beispiel mit den bis heute andauernden Folgen des Kolonialismus, von dem Hamburg als Hafenstadt profitierte, kritisch auseinander zu setzen.

Ein anderer Aspekt ist der öffentliche Einkauf der Hansestadt – zum Beispiel Textilien für Uniformen, Handschuhe für die Stadtreinigung, Behörden-Computer oder Spielzeug für Kitas. Hamburg sollte Vorbild sein und nur noch Produkte kaufen, bei deren Herstellung soziale Standards eingehalten werden. Existenzsichernde Löhne, keine ausbeuterische Kinderarbeit und das Recht der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten, sind einige der Kriterien.

2004 hat der Senat den Entwicklungspolitischen Beirat abgeschafft – ein Gremium von ExpertInnen, das sehr konkrete Leitlinien für die Stadt Hamburg entwickelt hat, die aber nie diskutiert, geschweige denn beschlossen wurden. Und es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele, die die Halbherzigkeit des Senats in Sachen Entwicklungspolitik offenbaren: Im Aktionsplan »Hamburg lernt Nachhaltigkeit« etwa würdigt der Senat zahlreiche Projekte, die Vereine mit großem (ehrenamtlichen) Engagement betreiben. Kinder trainieren in Projektwochen den schonenden Umgang mit Ressourcen, lernen über die harten Produktionsbedingungen in den Weltmarktfabriken. Doch wie erklären wir ihnen nach dem Unterricht, dass der Senat lieber auf Kohle und Atom statt auf Erneuerbare Energien setzt? Und wie kann man ihnen vermitteln, dass es dem Senat auch nach vielen Jahren nicht gelingt, beim öffentlichen Einkauf wenigstens auf die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen zu achten?

Bei allem globalen Lernen, Wissen um Fakten und Zusammenhänge: Wir hören nicht auf, uns aufzuregen. Wir gewöhnen uns nicht an Ungleichheit. Ungerechtigkeit nehmen wir nicht gleichgültig hin.

Entwicklungspolitische Diskussion beleben

Der Arbeitskreis »Entwicklungspolitik in Hamburg« im Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. (EWNW) präsentiert neun Themen, die in seinen Augen Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe für die Stadt Hamburg besonders gut beleuchten.

2007 feierte das Eine Welt Netzwerk Hamburg sein 15jähriges Bestehen. Für den AK EPO war dies Anlass, entwicklungspolitische Themen in ihrer Bandbreite unter die Lupe zu nehmen. Rund 15 Mitgliedsgruppen haben sich in den letzten Monaten regelmäßig getroffen, um über Migration, Wirtschaft und Handel, über Städtepartnerschaften und Rüstungspolitik zu diskutieren. Sie formulierten auch konkrete entwicklungspolitische Forderungen, die sie an politische EntscheidungsträgerInnen richten.

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg ist keine Partei und die vorliegende Broschüre kein alternatives Regierungsprogramm. Die neun Themen werden nicht umfassend beleuchtet, vieles fehlt, manches kommt zu kurz. Aber es sind neun Texte zu wichtigen Aspekten, die den Mitgliedsgruppen des EWNW-Arbeitskreises unter den Nägeln brennen. Diese Schlaglichter dienen nicht nur der Information interessierter Abgeordneter und BürgerInnen. Sie sollen die entwicklungspolitische Debatte beleben und eine Grundlage für weitere – dringend anstehende – Diskussionen zum Thema Entwicklungspolitik in Hamburg bieten.

Der Arbeitskreis »Entwicklungspolitik in Hamburg« im EWNW e.V.

Entwicklungspolitik des Hamburger Senats

Wer sich auf der Website der Stadt Hamburg www.entwicklungspolitik.hamburg.de über die Entwicklungszusammenarbeit des Senats informieren will, braucht nicht viel Zeit: Das Angebot ist übersichtlich. Hamburg nennt sich zwar gern »Deutschlands Tor zur Welt«, aber Nord-Süd-Politik bleibt eine Marginalie.

An welchen Werten orientiert sich Hamburgs Entwicklungspolitik und welche Ziele verfolgt sie? Ein »Arbeitspapier Internationalisierungsstrategie« der Abteilung Internationale Zusammenarbeit der Senatskanzlei von 2004 liest sich als kleines 1x1 der Hamburger Wirtschaftsförderung: Der »Austausch mit den Wachstumsregionen Ostasiens« soll intensiviert und die »Kontakte in die arabische Welt« sollen ausgebaut werden. Auch die Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainern will der Senat stärken, die so genannten »Entwicklungsländer« kommen in dem Papier hingegen gar nicht vor.[1]

Gerade einmal 440.000 Euro gibt die Stadt Hamburg jährlich für die »Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern« aus.[2] Hinzu kommen rund 80.000 Euro für die Arbeit mit Hamburgs Partnerstadt León in Nicaragua. Zum Vergleich: Dem Marinefreund Peter Tamm gab der Senat 30 Millionen Euro für den Umzug des privaten Maritimen Museums in die Hamburger HafenCity – ein Budget, mit dem Hamburgs Entwicklungszusammenarbeit die nächsten 58 Jahre auskommen müsste, wenn sich die Förderpolitik nicht verändert. Es sei ergänzt, dass die seit 2004 in der Entwicklungszusammenarbeit jährlich eingesparten 100.000 Euro nach Russland und Kaliningrad gehen: Anstatt das Budget für Hilfsgelder aufzustocken, werden sie von einer Armutsregion in die andere umverteilt.

Bescheiden war die finanzielle Ausstattung der Hamburger Entwicklungszusammenarbeit auch schon zu rot-grünen Zeiten. Aber sie betrug bis 2003 immerhin noch rund 650.000 Euro pro Jahr. Die Kürzungen haben die entwicklungspolitische Szene empfindlich getroffen. Die »Weltweite Partnerschaft« als Weiterbildungsträger für PartnerInnen aus dem Süden musste schließen. Auf der Strecke blieb auch der durch das Eine Welt Netzwerk Hamburg verwaltete Kleinprojektefonds, aus dem jahrelang zahlreiche entwicklungspolitische Bildungsveranstaltungen kleiner Hamburger Initiativen unterstützt wurden.

Senat verzichtet auf guten Rat

In qualitativer Hinsicht musste die entwicklungspolitische Landschaft unter dem CDU-Senat ebenfalls Einschnitte hinnehmen. Dazu gehört insbesondere der Verzicht auf den entwicklungspolitischen Beirat. Seit 1999 stand das ehrenamtliche Gremium dem Hamburger Senat als kritisch-kompetenter Ratgeber zur Seite. 2001 legte der Beirat »Empfehlungen zu Entwicklungspolitischen Leitlinien für die Freie und Hansestadt Hamburg« vor. Der neu gewählte Senat zeigte jedoch keinerlei Anstrengungen, sie umzusetzen, sondern stellte den Beirat in wichtigen entwicklungspolitischen Grundsatzentscheidungen vor vollendete Tatsachen. Im März 2004 traten deshalb mehrere Beiratsmitglieder zurück. Daraufhin erklärte der zuständige Staatsrat Reinhard Stuth den Beirat für abgeschafft.

Dabei hätten Senat und Bürgerschaft guten (Bei)Rat bitter nötig. Das kleine Referat für Entwicklungszusammenarbeit der Senatskanzlei arbeitet sehr engagiert, ist aber mit zu wenig Personal und Ressourcen ausgestattet. Auf diese Art lässt sich Entwicklungspolitik nicht als behördenübergreifende Querschnittsaufgabe betreiben.

Bürgerschaft fragt nicht viel

Auch in der Bürgerschaft sind Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses kaum ein Thema. Sicher: Es gibt einige wenige Abgeordnete mit entwicklungspolitischer Kompetenz, aber sie beklagen das oft erschreckende Desinteresse ihrer FraktionskollegInnen. Die geringe Wertschätzung entwicklungspolitischer Fragen wird auch institutionell augenfällig: Für internationale Angelegenheiten ist der »Europaaus-

Entwicklungspolitik geht alle an

Eine-Welt-Politik beginnt vor Ort. Das Eine Welt Netzwerk Hamburg sieht faire Nord-Süd-Politik als Querschnittsaufgabe, die sich thematisch und auch von den AkteurInnen her breit fächert. Ganz gleich, ob Klimaschutz, kultureller Austausch, Fairer Handel, Städtepartnerschaften, Migration und Partizipation, Schule oder die Auseinandersetzung mit Rassismus und der kolonialen Geschichte: Entwicklungspolitik geht alle an.

Das Ziel ist eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen im globalen Süden und Norden an Technik, Nahrung, Wissen, Gesundheit und politischen Entscheidungen sowie der Abbau der weltweiten Ungleichheit zwischen Menschen und Staaten.

1 Soweit wir ermitteln konnten, hat der Senat 2005 eine »Internationalisierungsstrategie« für Hamburg beschlossen, aber weder der Bürgerschaft zugeleitet noch in anderer Form veröffentlicht.

2 http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/finanzbehoerde/haushalt/haushalt-2007-08/einzelplan11,property=source.pdf

schuss« zuständig – der »Rest der Welt« kommt noch nicht einmal im Titel vor.

Immerhin: Bürgerschaftsanträge zu Hamburgs kolonialer Vergangenheit oder zu Sozialstandards im öffentlichen Einkauf zeigen, dass das Bewusstsein für die eigenen globalen Verflechtungen unter den Abgeordneten wächst. Die Beharrlichkeit, mit der Hamburgs Eine-Welt-Initiativen diese Themen einfordern, zeigt Wirkung.

Hamburgs Entwicklungspolitik: Undurchsichtig und ohne Plan

Selbst in grundlegenden Fragen greift der Senat nur selten auf den Sachverstand der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zurück. Für sie interessiert sich der Senat häufig erst, wenn er Verbündete für seine eigenen Vorhaben braucht. Die jährliche »Hamburger Konferenz über nachhaltige Entwicklung« ist beispielhaft dafür, wie der Senat die Mitsprachemöglichkeit der NGOs zurückdrängt: Mittlerweile werden die an der Konferenz beteiligten »Partnerorganisationen« nicht einmal mehr gefragt, welche Themen sie auf der Konferenz diskutieren wollen.

Es ginge auch anders: Engagement stärken!

Senatsinitiativen können auch zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit führen, wie etwa bei der Aktion »Hamburg200xmalfair« zur Förderung des Fairen Handels. Doch die Gefahr dabei ist, dass der Senat nicht mehr wie früher Initiativen aus der Zivilgesellschaft fördert, sondern vielmehr eigene Themen setzt und mit Hilfe von Fördermitteln versucht, das Engagement der NGOs in bestimmte Bahnen zu lenken.

Die Förderpolitik des Senats hat sich verändert: Die frühere »institutionelle« Förderung ermöglichte es einigen Organisationen, bescheidene Strukturen aufzubauen – eine Basis für effiziente Projektarbeit bei der Vernetzung, Bildungsarbeit und Projektkoordination. Inzwischen fördert der Senat fast nur noch einzelne temporäre Projekte. Ohne strukturschernde Grundausstattung ist die Kontinuität des Engagements gefährdet. Immer mehr Ressourcen gehen in die Antragstellung und Abrechnung von immer mehr Projektanträgen – zulasten der Qualität der eigentlichen entwicklungspolitischen Arbeit.

Senat und NGOs brauchen einander und erzeugen Synergieeffekte: Der Senat kann dazu beitragen, die gesellschaftliche Anerkennung für engagierte Nord-Süd-Politik zu stärken. Die NGOs wiederum können dem Senat helfen, Hamburgs Ideal als »Tor zur Welt« gerecht zu werden. Der Blick auf die eingangs erwähnte Website zeigt: Es sind die vielfältigen Initiativen der NGOs, die dieser Seite ihren Glanz verleihen.

Was wir wollen

- Der Senat muss Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe aller Hamburger Behörden begreifen. Sie betrifft alle Fragen, die sich mit der globalen Verflechtung unserer Lebensbereiche stellen, und reicht von direkter Entwicklungszusammenarbeit mit PartnerInnen in Ländern des Südens über Wirtschafts-, Kultur- und Umweltpolitik, Sozialstandards beim öffentlichen Einkauf, bis hin zum konkreten Zusammenleben mit Menschen aus Ländern des Südens hier in Hamburg.
- Hamburgs Entwicklungspolitik muss transparenter werden. Wir fordern den Senat auf, seine entwicklungspolitisch relevanten Aktivitäten öffentlich zu machen und einem regelmäßigen Monitoring zu unterziehen.
- Hamburgs Entwicklungszusammenarbeit braucht mehr finanzielle und personelle Ressourcen. Die bisherige Ausstattung des Haushaltstitels ist einer weltoffenen, modernen Hafenmetropole unwürdig. Damit das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement der Eine-Welt-Arbeit weiterentwickelt werden kann, müssen institutionelle und projektorientierte Förderung sinnvoll miteinander kombiniert werden.
- Hamburgs Entwicklungspolitik braucht ein klares Selbstverständnis, einen Entwicklungspolitischen Beirat und nachvollziehbare Leitlinien. Wir erwarten von Senat und Bürgerschaft, dass sie sich mit dem entsprechenden Vorschlag, den der Entwicklungspolitische Beirat 2001 vorgelegt hat, auseinandersetzen.
- Für eine moderne Metropole wie Hamburg sollte die Gestaltung der Globalisierung und der Entwicklungspolitik selbstverständlich sein. Das bedeutet auch, aktiv für weltweite Gerechtigkeit einzutreten und für eine Bewusstseinsänderung zu werben.

Internationale Zusammenarbeit

Hamburg pflegt Partnerschaften mit Städten überall in der Welt: Marseille, St. Petersburg, Shanghai, Osaka, Prag, Chicago und León. Enge Verbindungen gibt es auch mit Dar es Salaam, der größten Stadt in Tanzania. Vereine und Initiativen des Eine Welt Netzwerks Hamburg füllen die Partnerschaften mit Leben und organisieren auch abseits der offiziellen Partnerstädte internationale Begegnungen: Die Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände (agfj) initiierte einen Austausch zwischen den Jugendzeitschriften L`Oeil des Jeunes (Durch das Auge der Jugendlichen) in Ouagadougou/Burkina Faso und dem Hamburger Jugendmagazin FREIHAFEN. Außerdem organisiert sie regelmäßig Jugendaustausche zwischen Hamburg und León. Die Nichtregierungs-Jugendorganisation european play work association (e.p.a.) ist ein lebendiges Netzwerk von Gemeinschaftsprojekten mit Kinder-, Frauen- und Jugendgruppen, die in einigen der ärmsten und vernachlässigten Stadtteilen leben. In mehr als 30 Ländern, in Hamburg-St. Pauli und Palermo, Belfast und Berlin-Ost, Skopje und Salvador, Medellín und Málaga, Sibirien und Sizilien, Belgrad und Buenos Aires schaffen die KollegInnen von e.p.a. Bedingungen, die selbstbestimmtes Spielen, interkulturelles Verstehen und Lernen fördern. Sie ermöglichen dabei internationale Begegnungen, geben Erfahrungen und Ressourcen weiter, machen Widersprüche bewusst, fördern interkulturelle Kompetenz und ermutigen, sich für eine gerechtere Verteilung von Lebenschancen in der Welt einzumischen.

Ein weiteres Beispiel ist der Nicaragua-Verein. Er bemüht sich mit anderen Nichtregierungsorganisationen kontinuierlich darum, eine enge Verbindung mit der zweitgrößten Stadt Nicaraguas, León, zu etablieren. Keine andere Stadt ist mit Hamburg durch eine so genannte »Entwicklungspartnerschaft« verbunden – mit León besteht sie nun schon seit 18 Jahren.

Alle zwei Jahre unterzeichnen die Regierungen von León und Hamburg den so genannten »Convenio«, eine Vereinbarung zu Umwelt, Ausbildung, Jugend, Frauen, Gesundheitsvorsorge, Soziales und Wirtschaftsförderung.

Die Nichtregierungsorganisationen unterstützen vor allem soziale Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur. Auch der Hamburger Senat förderte diesen Bereich, will ihn aber durch eine Tourismusförderung ablösen. Bisher fehlen für die Umsetzung des Hamburger Wunsches allerdings sowohl in León als auch in der Hansestadt ein tragfähiges Konzept und die vernetzten Partnerorganisationen.

Macht in der Partnerschaft

Dieses Beispiel macht deutlich, dass es bei »Entwicklungspartnerschaften« immer auch um Machtverhältnisse geht: Wer gibt Geld und wer bekommt es? Wird Wissen ausgetauscht oder gibt es nur »Wissende« und »Unwissende«? Respektieren sich die PartnerInnen als gleichberechtigt? BehördenmitarbeiterInnen und Aktive aus Nichtregierungsorganisationen sollten sich immer wieder für diese Fragen sensibilisieren, zum Beispiel durch Fortbildungen.

Finanzielle Ausstattung

Der Senat hat das Geld für die »Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern« in den letzten vier Jahren fast um die Hälfte gestrichen: Von 651.000 Euro im Jahre 2003 auf 360.000 Euro 2006. 2006 betrug der Anteil für Nicaragua-Projekte in Nicaragua und Deutschland 100.491 Euro.[1] Davon ausgenommen sind die Gelder der Zweijahresvereinbarungen mit León, der so genannte Convenio. Auch für ihn gibt es statt jährlich 160.000 (2003/04) nur noch 130.000 (2007/08) Euro.[2]

Die institutionelle Förderung für Hamburger NGOs, die sich in den entsprechenden Bereichen engagieren, hat der Senat weitestgehend eingestellt.

Die für Dar es Salaam bereitgestellten Mittel werden zum Teil durch den Verzicht auf die Förderung von Aktivitäten in anderen Regionen Tanzanias gewonnen, zum Teil stammen sie aus Mitteln der Tsunami-Hilfe. 2005 wurde mit Mitteln des Budgets des Referats für Entwicklungspolitik ein Fonds zur Unterstützung der Tsunami-Opfer in Sri Lanka eingerichtet. Nach Auslaufen der Tsunami-Hilfe verwendet der Senat seine eingezahlten Gelder nach eigenen Angaben vor allem für die Zusammenarbeit mit Dar es Salaam.

1 Quelle: Senatsdrucksache 18/2829 und 18/2902 sowie telefonische Auskünfte der Senatskanzlei
2 Quelle: Convenien 2003/04 und 2007/08

Hamburg und Dar es Salaam

Ähnliches gilt für die 2005 begonnene Kooperation der größten Stadt Tanzanias, Dar es Salaam, mit Hamburg. Die Bürgermeister beider Metropolen unterzeichneten im März 2007 ein »Memorandum of Understanding«. Bis 2008 dreht sich die Kooperation vor allem um Abfallbehandlung, Abwasser, Feuerwehr, Hafenmanagement, Hochschulen, Museen, Jugendarbeit, Schulpartnerschaften.

Hamburg und Dar es Salaam verbindet vieles: Sie sind Handels- und Hafenstädte, Zentren der Wirtschaft, Wissenschaft und der Kultur und sie haben eine gemeinsame Geschichte: Die Menschen auf dem Gebiet des heutigen Tanzania wurden bis 1919 vom Deutschen Reich kolonisiert.

Alte Reflexe in der Zusammenarbeit

Tanzania ist eines der ärmsten Länder der Welt. Die Stadtverwaltung von Dar es Salaam ist personell, finanziell und materiell schlecht ausgestattet. Ähnlich geht es den meisten der anderen Kooperationspartner von Feuerwehr, Schulen, über Stadtreinigung bis zu Gesundheitseinrichtungen.

Kein Wunder also, dass einige Hamburger AkteurInnen die Kooperation eher als klassisches Entwicklungshilfeprojekt betrachten: Container mit gebrauchten Gerätschaften gingen nach Dar es Salaam; zum Teil relativ willkürlich holte Hamburg Menschen aus Dar es Salaam zur »Weiterbildung« hierher – leider meist ohne sich an den Bedürfnissen der Weitgereisten zu orientieren. Wenn dagegen Menschen aus Hamburg nach Dar es Salaam geschickt werden, dann nicht zur eigenen »Weiterbildung«, sondern um dort »Entwicklungshilfe« zu leisten – oft, ohne dafür ausgebildet worden zu sein.

Ein tatsächlicher Austausch, ohne »Entwicklungsmission« im Hinterkopf, ist bisher die Ausnahme. In fast allen dieser Projekte sind die Rollen zwischen zwischen »Gebenden« und »Nehmenden« klar verteilt. Meist wird den PartnerInnen in Dar es Salaam kaum zugetraut, etwas anderes bieten zu können als exotische Modernisierungskritik. Damit haben die meisten AkteurInnen in den einzelnen Kooperationsbereichen eine Weichenstellung vollzogen, die laut Senatskanzlei eigentlich nicht gewollt ist. Leider akzeptierte der Senat diese Herangehensweise und unterstützte sie damit indirekt.

Noch ist die Zusammenarbeit jung und befindet sich in einer Testphase, und noch ist auf beiden Seiten viel zu lernen.

Kooperation oder Städtepartnerschaft?

Hamburg hat acht Partnerstädte, keine davon liegt in Afrika. Die Kooperation mit Dar es Salaam zeigt zwar, dass Städte auch ohne formale Anerkennung eng zusammen arbeiten können. Doch als Stadt, die vom Kolonialismus enorm profitiert hat, sollte Hamburg sich zu einer offiziellen Partnerschaft mit Dar es Salaam bekennen. Nicht als »Wiedergutmachung für den Kolonialismus«, sondern als ein Zeichen dafür, dass dem Senat die Zusammenarbeit wertvoll ist. Die Menschen in Hamburg und Dar es Salaam könnten viel voneinander lernen.

Was wir wollen

- Die Stadt Hamburg muss sich entwickeln und einen Beitrag zu einer fairen Weltwirtschaftsordnung leisten – im Bereich der eigenen Möglichkeiten sowie durch ihren Einfluss auf die nationale und internationale Politik.
- In der Internationalen Zusammenarbeit sollte der Senat alle Aktivitäten mit einem partnerschaftlichen Ansatz stärker und nachhaltiger unterstützen.
- Hamburg sollte deutlich machen, dass Menschen aus Ländern des globalen Südens PartnerInnen sind und nicht nur EmpfängerInnen mildtätiger Großzügigkeit aus den Ländern des Nordens. Damit kann sich ein Bewusstsein entwickeln, dass Entwicklung keine Leistung ist, die nur im Süden erbracht werden muss.
- Maßnahmen zur Professionalisierung der Internationalen Zusammenarbeit sollten stärker gefördert und gefordert werden. Dazu gehören zum Beispiel Seminare und Trainings zur Stärkung partnerschaftlicher und interkultureller Kompetenz.
- Die PartnerInnen und ihre Interessen sowie die Verhältnisse vor Ort müssen stärker berücksichtigt werden. Der Senat sollte keine paternalistischen Projekte fördern.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen in Hamburg und Dar es Salaam sollten stärker eingebunden werden, um ein Konzept für die Zusammenarbeit zu entwickeln.
- Der Senat möge die Möglichkeit einer offiziellen Städtepartnerschaft Hamburg – Dar es Salaam ernsthaft prüfen.
- Hamburg muss sich dafür einsetzen, dass ein Austausch nicht am Einreisevisum, das internationalen PartnerInnen manchmal verweigert wird, scheitert.

Handel und Wirtschaft

»Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.« Der in der Hamburgischen Verfassung festgeschriebene Auftrag gilt im besonderen Maße für den Außenhandel und Weltverkehr, der Vielzahl global agierender Unternehmen und Medien sowie der vielen hier ansässigen entwicklungspolitisch relevanten Organisationen. Die Maßgabe ist deutlich: Die Freie und Hansestadt möge so handeln, dass die Lebenschancen künftiger Generationen und anderer Länder nicht durch das Primat der Gegenwartsinteressen eingeengt werden. Hamburg muss offen sein für eine entwicklungspolitische Kooperation mit der Zivilgesellschaft und die hiesige Wirtschaftsförderung sollte es Unternehmen erleichtern, eine Geschäftspolitik zu betreiben, die sich nicht nur rechnet, sondern gleichzeitig anstrebt, mit innovativen Strategien einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung in globaler Verantwortung zu leisten.

Die Wirtschaftspolitik der »Wachsenden Stadt« reduziert sich allerdings einseitig auf eine kurzfristige Standortförderung. Zum einen entstehen kostenintensive »Leuchttürme« vor allem in der HafenCity, zum anderen spart die Stadt bei den Infrastruktureinrichtungen für den alltäglichen Bedarf wie den Öffentlichen Bücherhallen, Schwimmbädern, Schulen und Kindergärten.

Die Wirtschaftsförderung orientiert sich ausschließlich an ökonomischen Kriterien. Moralische und ethische Kriterien spielen fast keine Rolle: Die Landespolitik ignoriert die Themen Rüstungsproduktion und Waffenhandel. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gewinnt der billigste Anbieter, Kriterien der sozialen Gerechtigkeit spielen dabei kaum eine Rolle. So hat die Firma Jurex im Mai 2006 den Zuschlag erhalten, alle Briefe der Hamburger Verwaltung auszutragen. Der Billiganbieter ist für niedrige Löhne und harte Arbeitsbedingungen bekannt.

Nachzügler statt Vorreiter

Bereits 2003 hatten Hamburger Nichtregierungsorganisationen und der damals noch existierende Entwicklungspolitische Beirat im Rahmen der Zweiten Nachhaltigkeitskonferenz eine sozial gerechte Beschaffung von Dienstkleidung, Schnittblumen und anderen Produkten gefordert. Besonders berücksichtigen sollte der Senat regionale und ökologische Produkte sowie Produkte aus Fairem Handel. Das Bündnis drängte die Hamburgische Regierung, den Einkauf von fairem Kaffee und anderen Produkten des Fairen Handels in den Einrichtungen und Behörden der Stadt Hamburg zu etablieren. Bei verpachteten Kantinen sollten die Betreiber über die Pachtverträge an den Einkauf fairer Produkte gebunden werden. Außerdem sollte »die Stadt Hamburg zur sozial verträglichen Produktion von Be-

Sozialstandards und Fairer Handel in Hamburg

Überlange Arbeitszeiten und Pausenverbot in der chinesischen Computerindustrie, blutige Kinderarbeit in indischen Steinbrüchen, Vereinigungsverbot für Näherinnen in Bangladesh – die sozialen Produktionsbedingungen von Konsumgütern sind in vielen Ländern menschenunwürdig. Die Herstellung von Bekleidung, auch Dienstkleidung (Uniformen für Polizei, Feuerwehr, Stadtreinigung, Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser etc.), findet zum Teil in so genannten Billiglohnländern vor allem in Südostasien, Mittelamerika und Osteuropa statt, in denen noch nicht einmal die ILO-Kernarbeitsnormen umgesetzt sind.

Hamburg sollte endlich soziale und ökologische Kriterien im öffentlichen Vergaberecht verankern. Zu den Sozialstandards gehören das Recht auf Vereinigungsfreiheit (Gewerkschaften), die Beseitigung der Zwangsarbeit, die Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit, die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sowie angemessene Arbeitszeiten und existenzsichernde Löhne.

Fairer Handel, wie ihn die Weltläden betreiben, strebt eine gleichberechtigte Partnerschaft des Nordens mit dem Süden an. Hamburger Weltläden sind die Fachgeschäfte des Fairen Handels.
Die Adressen: www.weltladen.de/Hamburg

kleidung und Blumen sowie dem Fairen Handel eine offensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, um die BürgerInnen zu informieren, Alternativen aufzuzeigen und die eigene Sozialverantwortung für eine weltweit nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung deutlich zu machen.«

Noch immer engagieren sich Mitgliedsgruppen des Eine Welt Netzwerks Hamburg für die Umsetzung der weiterhin aktuellen Forderungen: So setzt sich die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign - CCC/www.saubere-kleidung.de) seit 1990 weltweit für soziale Mindeststandards bei der Herstellung von Kleidung ein und die Hamburger Regionalgruppe des internationalen Zusammenschlusses von Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen organisiert dazu mit dem Nordelbischen Missionszentrum und dem Nordelbischen Frauenwerk Veranstaltungen und Straßenaktionen. Das Kollektiv El Rojito arbeitet eng mit Kooperativen in Nicaragua zusammen und vertreibt alternativ gehandelten Kaffee. Und die Hafengruppe informiert auf Hafenrundfahrten über den Handel mit den Ländern des Südens.

Seit Sommer 2007 gibt es zarte Anzeichen für ein Umdenken im Hamburger Senat: Er kündigte an, das städtische Beschaffungswesen künftig nach sozialen Standards auszurichten. Außerdem beteiligt er sich seit 2006 an dem Aktionsbündnis Hamburg200xmalfair – immerhin ein deutliches Zeichen für den Fairen Handel. Offenbar trägt das beharrliche Engagement der Eine-Welt-Initiativen endlich Früchte. Nun ist wichtig zu sehen, welche konkreten Schritte Hamburg der Absichtserklärung in Sachen öffentlicher Einkauf folgen lässt.

Die Stadt als Vorbild

Andere Städte sind längst weiter: Neuss und Düsseldorf haben bereits weit reichende Beschlüsse zur Vergabepraxis gefasst und in die Beschaffungsordnung aufgenommen. Noch ist Hamburg Schlusslicht im Einsatz für sozial gerechtere Produktionsbedingungen: Während bundesweit über 70 Kommunen Beschlüsse gegen die Beschaffung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit gefasst haben, lehnte die CDU-Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft entsprechende Anträge ab.

Allein für Dienstkleidung gibt Hamburg jedes Jahr mehr als vier Millionen Euro aus, gemeinsam mit dem Nachbarland Schleswig-Holstein kauft die Stadt EDV-Geräte im Wert von rund 100 Millionen Euro.[1]

Mit diesem Investitions- und Nachfragevolumen hat Hamburg das Potenzial, ein Vorbild für faires, gesellschaftlich verantwortliches Wirtschaften zu werden.

Was wir wollen

- Der Senat wird aufgefordert, die EU-Richtlinie zur öffentlichen Auftragsvergabe, die die Aufnahme sozialer und ökologischer Kriterien ins öffentliche Vergaberecht vorsieht, in Landesrecht umzusetzen. Sozial und umweltpolitisch verantwortungsvolle Vergaberegeln sollen eingeführt werden. Der Senat möge sich auch auf Bundesebene für eine Umsetzung der EU-Richtlinien in diesem Sinne einsetzen.
- Bei öffentlichen Ausschreibungen ist die Beachtung aller ILO-Kernarbeitsnormen in der gesamten Lieferkette einschließlich europäischer Länder dabei ebenso unverzichtbar, wie die Zahlung existenzsichernder statt gesetzlich vorgeschriebener Mindestlöhne.
- Die Stadt Hamburg sollte zur Überprüfung der Einhaltung von Sozialstandards eine regelmäßige jährliche Berichterstattung der Lieferanten sowie Kontrollen der Betriebe durch externe unabhängige Institutionen, finanziert von den Unternehmen, bei der Vergabe von Aufträgen zur Auflage machen.
- Hamburg setzt sich dafür ein, dass die Sicherheitsstandards auf Schiffen unter so genannten Billigflaggen und die Sozialstandards für das auf ihnen beschäftigte Personal verbessert werden.
- Die Wirtschaftsbehörde engagiert sich aktiv für einen verstärkten Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, in den entwicklungspolitisch relevante Fragestellungen aufgenommen werden.
- Hamburg unterstützt und stärkt entwicklungspolitisch relevante Initiativen im Bereich der Wirtschaft im Sinne der Agenda 21. Dazu gehört die Förderung entwicklungs-, umwelt- und sozialverträglicher Produktions- und Vermarktungsformen in Zusammenarbeit von Politik, Unternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft.

1 Quelle: Bürgerschaftsdrucksache 18/3700, Jahresbericht 2006 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2004

Rüstungspolitik

Hamburg hat immer noch ein friedliches Image: Viele HamburgerInnen glauben, die Rüstungsindustrie spiele für die Hansestadt keine Rolle. Dabei ist Hamburg ein international bedeutender Produktions- und Umschlagsplatz für milliardenteure Waffensysteme und militärisches Wissen. Krieg allerdings ist die am wenigsten nachhaltige Form des Wirtschaftens. Rüstung vergeudet nicht nur Ressourcen, sondern verteidigt auch noch diese Verschwendung. Auch die Militarisierung der Sicherheitspolitik, etwa um MigrantInnen auszugrenzen, steht den Zielen einer nachhaltigen Entwicklungspolitik und einer gerechten Verteilung von Lebenschancen entgegen.

Wie geschmiert – Rüstung in Hamburg

In seinem eindrucksvollen Buch »Wie geschmiert« (Walden, Hans: Wie geschmiert. Rüstungsproduktion und Waffenhandel im Hamburger Raum. Idstein 1997) hat der Historiker Hans Walden vor zehn Jahren das Interessenpuzzle der Rüstungswirtschaft zusammengesetzt und dabei mehr als einhundert rüstungsproduzierende Betriebe in Hamburg aufgeführt. Seitdem hat sich nicht viel verändert: Die in Hamburg agierenden Wirtschaftskonzerne haben sich nicht aus der Rüstungsproduktion zurückgezogen, sondern positionierten sich auf dem Weltmarkt und können nun ihre Auftragsbücher mit den Bestellungen der Bundeswehr und ausländischer Kampfverbände auf Jahre hinaus füllen. Und der Hamburger Senat greift ihnen dabei – stets mit dem Argument, Arbeitsplätze sichern zu wollen – tatund finanzkräftig unter die Arme, sei es mit günstigen Gewerbemieten zum Beispiel im Hafen oder mit Gesetzesänderungen, die exakt auf die Bedürfnisse und Forderungen der Unternehmen zugeschnitten sind.

Die in diesem Bereich wohl prominentesten Konzerne in Hamburg sind die EADS-Tochter Airbus in Finkenwerder sowie Blohm und Voss als Teil des Werftenverbundes ThyssenKrupp Marinesystems AG.

Die Bundeswehr – beste Kundin der EADS

Im Juni 2002 stimmten die Bürgerschaftsabgeordneten von SPD und CDU gemeinsam für die so genannte »Lex Airbus«. Das Gesetz stufte die Werkserweiterung in Finkenwerder – nach jahrelangen Auseinandersetzungen unter anderem mit AnwohnerInnen und Umweltschutzverbänden – als gemeinnützig ein. Damit war der Weg für die Stadt frei, GrundeigentümerInnen im Namen des Gemeinwohls zu enteignen, um die Start- und Landebahn erneut zu verlängern.

Airbus ist als Flugzeugwerk für zivile Maschinen wie der Riesenflieger A 380 bekannt. Allerdings ist das Hamburger Werk auch für die Konstruktion des völlig neuen Military Airbus A 400 M verantwortlich: ein fliegender Transporter, der in der Luft betankt werden kann und so ohne Zwischenstopp beladen mit Kampfhubschraubern, Schützenpanzern und gepanzerten Transportkraftfahrzeugen nonstop den weltweiten Einsatz der Bundeswehr gewährleisten soll. Größter Einzelkunde der EADS im Rüstungsbereich ist die Bundeswehr. Sie zahlte im vergangenen Jahr laut Lühr Henken, dem Sprecher des Hamburger Forums für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, rund 2,4 Milliarden Euro für Neuan-

Fregatte HAMBURG und die Protest-Barkasse ANTOINETTE

Wenige Tage vor dem 60. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung vom Faschismus präsentierte die deutsche Marine auf Einladung des CDU-Senats ihre Waffen: Die neue Fregatte HAMBURG mit Bürgermeister Ole von Beust an Bord führte mit vier weiteren Kriegsschiffen die große Einlaufparade zum Hafengeburtstag 2005 an und lud Kinder und Erwachsene zur Besichtigung.

»Kriegsschiffe – Nein Danke!« antworteten daraufhin AktivistInnen vom Hamburger Forum und dem Flüchtlingsrat. Auf der kleinen Barkasse ANTOINETTE hatten sie das Transparent befestigt, schipperten der Einlaufparade entgegen und erregten bei den ZuschauerInnen große Aufmerksamkeit. Allerdings nicht lange: Die Wasserschutzpolizei stoppte das Boot, stellte fest, dass die AktivistInnen eine nicht-angemeldete Versammlung durchführten, »erlaubte« auch keine spontane Versammlung, nahm die Personalien auf und beschlagnahmte das Transparent. Recht auf freie Meinungsäußerung? Recht auf Protest gegen den Auftritt der Bundeswehr? Fehlanzeige. Beim Militär hört bekanntlich der Spaß (und die Demokratie) auf!

schaffungen an EADS. Verschiedene europäische Partner orderten gemeinsam 192 Maschinen; allein aufs Konto der Bundeswehr gehen davon 60 Flieger zum derzeitigen Preis von insgesamt 9,2 Milliarden Euro.[1]

Mittlerweile ist ein Konsortium aus Banken und Bundesländern bei EADS eingestiegen – dem Konsortium gehören neben den Versicherungen und Banken über Beteiligungsgesellschaften auch fünf Bundesländer an – unter anderem Hamburg. Damit ist die Stadt, wenn auch nur mit kleinem Anteil, direkt am Rüstungs- und Flugzeugbaukonzern beteiligt.

Auf eine bis zu den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts reichende Tradition als Waffenproduzent blickt der Hersteller von U-Booten und Kriegsschiffssystemen, Blohm und Voss (bzw. Thyssen-Krupp), zurück. Die bei der Hamburger Werft gebauten bzw. betreuten Fregatten zählen zu den teuersten Waffensystemen; die F-124 ist – auch durch die hohen Entwicklungskosten und die extrem leistungsstarke Luftabwehrtechnik – mit rund 733 Millionen Euro die teuerste deutsche Waffe aller Zeiten. Die nach Plänen von Blohm+Voss gebauten Korvetten haben Marschflugkörper an Bord, mit denen aus küstennahem Flachwasser heraus Ziele weit im Landesinneren getroffen werden können. Sie sind also potenziell Teil eines militärischen Offensivkonzeptes. Zu dem Kriegsschiff »Hamburg« pflegt die Hansestadt eine innige Patenschaft und lud die Fregatte 2005 zum Hafengeburtstag ein. Dort führt jedes Jahr ein Kriegsschiff die traditionelle Parade an.

Ole von Beust will kein »Mayor for Peace« sein

Seit 1982 sind mehr als 700 Bürgermeister aus 108 Ländern der von den Stadtchefs Hiroshimas und Nagasakis gegründeten weltweiten Bewegung »Mayors for Peace« beigetreten, um für die globale Abrüstung aller Atomwaffen einzutreten (www.mayors-forpeace.de). Allein aus Deutschland sind mehr als 300 Städte dabei – Hamburg jedoch fehlt auf der langen Liste, auf der Großstädte wie Aachen, Berlin, München, Stuttgart, Dresden und auch zahlreiche kleinere Kommunen zu finden sind. Die Anfrage, sich auch als »Bürgermeister für den Frieden« zu erklären, wies Ole von Beust im April 2005 ab.

Tamm-Museum: Verstaubtes Gedankengut

Der ehemalige Vorstandschef des Axel-Springer-Verlags und Privatsammler Peter Tamm bekommt – trotz massiver Proteste – für seine marinegeschichtlich-militaristische Sammlung eine neue Herberge: Für die umstrittenen Militaria überlässt der Hamburger Senat Peter Tamm den Kai-Speicher B in der HafenCity 99 Jahre lang mietfrei – und ohne Einfluss auf das Ausstellungskonzept. Außerdem spendiert die Stadt inmitten Zeiten sozialer Kürzungen rund 30 Millionen Euro für den Umbau. Die Befürchtung, das Internationale Marine- und Schifffahrtsmuseum könne zum Wallfahrtsort für Neonazis werden, konnten bislang weder der Senat noch der hofierte Sammler ausräumen. Durch Tamms Militaria-Sammlung weht noch heute der Geist des 19. Jahrhunderts, der Soldatentum und Eroberergeist zu wertvollen Tugenden verklärte. Eine moderne Stadt, deren Zukunft in ihrer Internationalität liegt, darf es sich nicht leisten, die Verbreitung von verstaubtem Gedankengut durch teure Geldgeschenke zu fördern.

Was wir wollen

- Der Senat ist in der Pflicht, die Bevölkerung über die Geschäfte, die mit Waffen und militärischem Wissen in und über Hamburg abgewickelt werden, aufzuklären. Unverzichtbar ist dabei, die Hilfen aus dem Hamburger Haushalt transparent und nachvollziehbar zu machen, mit denen der Senat versucht, global agierende (Rüstungs-)Konzerne zu binden und zu fördern.
- Hamburg als Welthafen und Wirtschaftsmetropole soll friedenspolitische Forschung im Sinne der Krisenprävention und der friedlichen Konfliktbearbeitung fördern.
- Die Stadt Hamburg soll die Patenschaft für das gleichnamige Kriegsschiff, die Fregatte HAMBURG, kündigen! Hamburg sollte auch auf das öffentliche Zurschaustellen von Waffensystemen verzichten.
- Im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens soll sich die Stadt verpflichten, die Produktion von Kriegswaffen nicht mit Mitteln der Hamburger Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Hamburg soll sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Beschränkung von Rüstungsproduktion und -export einsetzen.
- Hamburg soll sich zur Internationalen Friedensarbeit bekennen und der Initiative »Mayors for Peace« beitreten.

1 Quelle: Wolfgang Schneiderhan (Generalinspekteur der Bundeswehr): Bundeswehrplan 2008 vom März 2007

Klima- und Umweltpolitik

Das Klima wandelt sich. Dabei treffen die vom industrialisierten Norden verursachten Veränderungen – Unwetter, Dürren, Überschwemmungen – die ärmsten Länder am härtesten. Klimawandel potenziert die bestehenden Privilegien des Nordens, denn die Kosten werden nicht von den VerursacherInnen getragen, sondern in die Länder des globalen Südens verfrachtet. Klaus Töpfer, Ex-Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP, spricht von einer »ökologischen Aggression« des Nordens gegen den Süden.

Hamburg auf der sicheren Seite?

Schon jetzt werden in Bangladesh weit von der Küste entfernte Reisfelder von Salzwasser überflutet. Millionen Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage. Während das arme Land kaum Möglichkeiten hat, die Menschen vor den Wassermassen zu schützen, verfügt Hamburg über genügend Ressourcen, um seine Deiche bis 2012 schrittweise auf bis zu neun Meter zu erhöhen und die Hochwasserschutzmaßnahmen in Schuss zu halten. Klima- und Umweltprobleme berühren auch soziale Fragen. Es sind nicht nur technologische Lösungen gefragt. Es geht auch darum, die große Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen.

Die Ungleichheit zwischen Nord und Süd zeigt sich auch beim Energie- und Wasserverbrauch, der Müllproduktion und der Autonutzung. Zudem wurden viele Güter, die im globalen Norden ankommen, unter unmenschlichen und umweltzerstörenden Bedingungen produziert. Fast ein Hohn ist es, wenn aus markenrechtlichen Gründen der Hamburger Zoll tonnenweise Uhren, Schuhe und Taschen vernichtet – und damit auch die zur Herstellung verwendeten Rohstoffe, das dafür benötigte Wasser, die Arbeitszeit der ArbeitnehmerInnen und die Energie für den Transport.

Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Feinstaub, Benzol, Benzo(a)pyren, Kohlendioxid, Kohlenmonoxid

und Schwermetalle wie Blei und Arsen: Die Schiffe im Hafen blasen gefährliche Schadstoffe in die Luft und verursachen so einen großen Teil der Hamburger Luftverschmutzung. Benutzungspflichtige Landstromanschlüsse anstelle der mit Schweröl betriebenen Bordmaschinen könnten die Emissionen verringern. Der Senat hat die Einführung 2007 geprüft und mit dem Verweis auf technische Hürden verworfen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens stehe auf dem Spiel. Die Kapazität der Terminals wird bereits ausgebaut. Mehr Schiffe und Container werden auch mehr Lastwagen, Güterzüge und Autos nach sich ziehen. Der Umschlag im Hamburger Hafen soll sich laut Hamburger Wirtschaftsbehörde bis 2011 verdoppeln – der Ausstoß giftiger Stoffe auch?

Vielfältiges Engagement

Nichtregierungsorganisationen und Initiativen in Hamburg weisen mit großem ehrenamtlichen Einsatz auf die ökologischen Missstände und ihre sozialen Folgen hin. Die Mitgliedsgruppen des Eine Welt Netzwerk Hamburg engagieren sich unter anderem für den Einsatz erneuerbarer Energien in Nicaragua, Tanzania oder Hamburg. Andere, wie die Infostelle Klimagerechtigkeit des Nordelbischen Missionszentrums (NMZ) der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, bieten mit dem FlugFairCare Fonds konkrete Handlungsmöglichkeiten und Bildungsprojekte an Schulen.

Ökostrom: Besser spät als nie?

Die Stadt Hamburg als Vorbild in Sachen Ökostrom? Fehlanzeige. Das Vorgehen Hamburgs im Sommer 2007 beim Stromeinkauf für Behörden offenbarte eine große Konzeptlosigkeit. Zunächst erhielten Vattenfall und Eon.Hanse den Zuschlag, ab 2008 Elektrizität für Behörden, städtische Krankenhäuser, Schulen und Kitas zu liefern. 25 Prozent des Stroms sollte aus erneuerbaren Energien stammen. Zieht man den derzeitigen gesetzlichen Ökostrom-Pflichtteil von 18,3 Prozent ab, so hätte Hamburg also nur 7,7 Prozent mehr Ökostrom als vorgeschrieben bezogen.

Da das nicht für den angestrebten Titel »Klimahauptstadt« reicht, besann sich der Senat – oder spielte gar der Wahlkampf eine Rolle? – und startete eine weitere Ausschreibung für »Grünstromzertifikate«, die den bisherigen Ökostromanteil von 25 auf 100 Prozent aufstocken soll. Mit diesem halbherzigen Vorgehen setzt der Senat kaum einen Anreiz für große Stromanbieter wie Vattenfall Europe, ihren Energiemix grundlegend zu ändern: Weg von Atom und Kohle hin zu Erneuerbaren Energien! Ob der nachträgliche Zukauf der »Grünstromzertifikate« letzten Endes sogar teurer wird, als direkt beim Ökostromanbieter zu kaufen, wird noch zu sehen sein. Andere sind bereits weiter. Das Bundesumweltministerium (BMU) fordert seit vielen Jahren in der Ausschreibung seines Strombedarfs eine »maximale Minderung der CO2-Emissionen«. Den Zuschlag bekam ein Ökostrom-Anbieter – bei nur 2,2 Prozent Mehrkosten. Die Ausschreibung ist als Musterausschreibung konzipiert, das BMU stellt seine Erfahrungen in Form einer Broschüre und Musterunterlagen zur Verfügung – sicher auch für den Hamburger Senat.

Entwicklungspolitik beginnt vor Ort. Laut Verursacherbilanz, die belegt, wie viel Kohlendioxid (CO_2) für den Energieverbrauch in Hamburg ausgestoßen wird, ist der CO_2-Ausstoß in 14 Jahren von 20,5 (1990) lediglich auf 18,5 Millionen Tonnen im Jahre 2004 gesunken. Umfassende Veränderungen, wie die Umstrukturierung des Ressourcenverbrauchs, sind notwendig. Mit vier freiwilligen autofreien Sonntagen im Jahr ist es nicht getan. Zwar gibt es immer wieder sinnvolle Projekte wie die energetische Sanierung an Schulen, doch diese Modellprojekte haben eine zu geringe Wirkung.

Mehr Schein als Sein: Klimahauptstadt Hamburg

Seit 2006 versucht sich der Senat als Reformer in Sachen Umweltschutz zu präsentieren. Im Konflikt entscheidet er jedoch nicht nach ökologischen Belangen, sondern folgt den Argumenten der Wirtschaft – sei es bei der Elbvertiefung, neuen Flugdirektverbindungen oder der Airbus-Produktion.

Angesichts dieser Politik sind Zweifel angebracht, ob der Senat Hamburg wirklich zur »Klimahauptstadt« machen will. Selbst in Neubaugebieten wie der HafenCity gelingt es der Stadt nicht, in Sachen Umwelt beherzt ans Werk zu gehen. Die Bebauung ist fußgänger- und fahrradfeindlich. Die Strom- und Wärmeversorgung ist nicht zukunftsweisend genug: Die dort gebauten dezentralen Anlagen zur solaren Warmwasserversorgung und Kraft-Wärme-Kopplung sind zu klein und dienen vor allem als Demonstrationsanlagen. Die solarthermische Anlage deckt nur rund ein Drittel des Warmwasser-Bedarfs in der HafenCity. Das ist zu wenig.

Klimakiller Steinkohle

Noch gravierender ist, dass der Senat den Bau des Vattenfall-Kohlekraftwerks Moorburg an der Süderelbe unterstützt hat. Im Gegensatz zu dem hocheffizienten Heizkraftwerk, das als Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GuD) in Tiefstack entsteht und einen Brennstoffnutzungsgrad von mehr als 90 Prozent erreicht, wird das viel größere Kohlekraftwerk in Moorburg eine Dreckschleuder – trotz einiger Nachbesserungen, die Vattenfall zur Bedingung gesetzt wurden. Mit der angepeilten Leistung von 1.640 Megawatt deckt die jährliche Stromerzeugung von rund 11 Milliarden Kilowattstunden ungefähr den Gesamtbedarf Hamburgs. Selbst wenig ambitionierte Klimaschutzziele bleiben illusorisch: Das Kohlekraftwerk soll ab 2012 mindestens 40 Jahre in Betrieb sein, hat einen Brennstoffnutzungsgrad von nur 50 Prozent und erreicht dabei schon 70 Prozent des Hamburger CO_2-Ausstoßes von 2004.

In einer Studie des Instituts für Energie und Umweltforschung (Ifeu, Heidelberg) und des Arrhenius-Instituts (Hamburg) warnen ForscherInnen davor, dass Moorburg Hamburgs Weg in eine klimafreundliche Versorgung verbaue. Sie schlagen vor, neue kleinere Gas-Heizkraftwerke, erneuerbare Energie und Stromeffizienz-Maßnahmen zu kombinieren. Hamburgs CO_2-Ausstoß könne so mittelfristig um 80 Prozent sinken.

Altersmüde Meiler

Klimaschutz ist kein Argument für die weitere Nutzung der Atomkraft. Die drei altersmüden Atommeiler rund um Hamburg – Brunsbüttel (Laufzeit bis 2009), Krümmel (bis 2015) und Brokdorf (bis 2017) – müssen stillgelegt werden, je eher desto besser. Denn die Umwelt wird an vielen Stellen der Brennstoffkette (radioaktiv) verseucht, die Endlagerung des Atommülls ist weltweit ungeklärt. Zudem besteht die Gefahr eines Super-Gaus und der Proliferation, der Nutzbarmachung der Atomtechnologie zur Produktion von Atomwaffen. Uran ist eine begrenzte Ressource, die von Deutschland zu 100 Prozent importiert wird und dessen Vorräte nach Schätzungen von Greenpeace noch für 65 Jahre reichen. Der Abbau von Uranerz in Australien, USA, Kasachstan, Südafrika, Kanada, Namibia, Russland und Niger schädigt zudem die Umwelt massiv und birgt gesundheitliche Risiken für die Bergarbeiter und die umliegenden Ortschaften.

Was wir wollen

- Wachstum, Wachstum über alles? Nein: Ökologische, Ressourcen sparende Aspekte sollten Vorrang vor bloßen Wirtschaftsinteressen haben. Bei Entscheidungen müssen die Auswirkungen auf den globalen Süden mitbedacht werden.
- Hamburg muss ein kommunales, atomstromfreies Energiekonzept für die Strom- und Fernwärmeversorgung unter optimaler Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung, klimafreundlicher Energieträger wie Erdgas und Erneuerbarer Energien entwickeln.
- Die Stadt als Vorbild: Die Behörden sollten mit ihrer Stromversorgung auf einen umwelt- und klimaschonenden Anbieter, der in Erneuerbare Energien statt in Kohle- und Atomkraftwerke investiert, umsteigen, statt Grünstromlizenzen zu erwerben.
- Der Fahrradverkehr sollte umfassender und schnell gefördert werden; notwendig sind zudem die attraktive Gestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs und der Verzicht auf den Ausbau des Flughafens.
- Umbauten zur Energieeinsparung insbesondere im Gebäudebereich, die nicht zu Lasten der (finanzschwachen) MieterInnen gehen, sollten verstärkt gefördert werden.

Wissenschaft

Als Hafenmetropole ist Hamburg prädestiniert für den Transfer von Wissenschaft auf globaler Ebene und könnte ein Hochschulstandort mit internationalem Profil sein. Doch die Universität als größte Hochschule in der Hansestadt hat sich noch zu wenig auf die Herausforderungen der Globalisierung eingestellt, auch wenn neue Bachelor- und Master-Hochschulabschlüsse die internationale Anerkennung erleichtern sollen.

An der Universität, die nach dem Ersten Weltkrieg aus einem »Kolonialinstitut« hervorging, gibt es keinen Fachbereich, der sich speziell mit entwicklungspolitischen Fragen beschäftigt. Offenbar hat sich seit der Kolonialzeit eines kaum geändert: Internationalität bemisst sich an ökonomischen Interessen. So eröffnete die Universität im September 2007 – in Kooperation mit China, gefördert von den Unternehmen Beiersdorf und Tchibo – ein »Konfuzius-Institut«. Gleichzeitig läutet sie in anderen Lehrangeboten den großen Kahlschlag ein.

Der Hochschulanzeiger der Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt im Februar 2007: »Geht es etwa nach Hamburgs Wissenschaftssenator Jörg Dräger, wird von den 155 Professorenstellen in den Geistes- und Kulturwissenschaften künftig nur die Hälfte übrig bleiben. (…) Sämtliche Orchideenfächer wie Vietnamistik, Thaiistik, Koreanistik und Äthiopistik, aber auch die Islamwissenschaften und die Turkologie würden den Kahlschlag an der Uni Hamburg nicht überleben.« [1]

Immerhin gibt es an einigen Fachbereichen Bemühungen, die Lehre von entwicklungspolitischen Kontexten zu stärken, zum Beispiel im Arbeitsbereich für »Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungsländer« am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften oder auch im Rahmen einzelner Veranstaltungen bei den GeographInnen, PolitikwissenschaftlerInnen oder EthnologInnen. Zudem kooperieren DozentInnen verschiedener Fachbereiche in thematischen Ringvorlesungen. Regional

ausgerichtete Studiengänge wie Lateinamerika- oder Afrika-Studien arbeiten interdisziplinär zusammen. In den fächerübergreifenden Nebenfachstudiengängen wird Regionsspezifisches aus Geographie, Politikwissenschaften, Ethnologie, Sprachwissenschaften, Geschichte und Wirtschaftswissenschaften vermittelt. Ein Problem dabei ist die mangelnde personelle sowie finanzielle Ausstattung. Im Nebenfachstudiengang »Afrikastudien« gibt es für die beteiligten Fächer keine zusätzlichen Mittel. Insgesamt ist die Zusammenarbeit in der entwicklungsbezogenen Forschung an der Universität über Institutsgrenzen hinweg durch starre Strukturen eher schwierig und wird von der Universitätsleitung zu wenig unterstützt bzw. anerkannt.

Dass es auch anders gehen kann, wollte der Sonderforschungsbereich »Umbrüche in afrikanischen Gesellschaften« zeigen. Unter einem gemeinsamen Dach versammelten sich seit 1999 afrikabezogene Forschungsprojekte aus sieben Fachbereichen. Doch nach nur vier Jahren Laufzeit stellte die Deutsche Forschungsgesellschaft die Förderung wieder ein – wohl auch, weil die Universitätsleitung weder ausreichend in die personelle Grundausstattung investiert noch frei werdende Professorenstellen neu besetzt hatte.

Eine wichtige Rolle in der Hamburgischen Wissenschaftslandschaft spielt das GIGA (German Institute of Global and Area Studies), das die außeruniversitären Regionalinstitute des ehemaligen Deutschen Übersee-Instituts vereint. Das GIGA forscht mit konkreten Projekten vor Ort in den Regionen Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und des Nahen Ostens und berät darüber hinaus politische Akteure. Eine wichtige Arbeit, die der Senat dazu benutzt, seine Leistungen in der Entwicklungszusammenarbeit zu schönen. Die von der Wissenschaftsbehörde kommenden GIGA-Mittel tauchen in der Statistik als staatliche Leistungen der »öffentlichen Entwicklungshilfe« auf. Dadurch schwillt das Hamburger ODA von 440.000 Euro auf über drei Millionen Euro an.[2] Official Development Assistance (ODA) umfasst alle finanziellen, technischen und personellen Leistungen im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Hartes Pflaster für ausländische Studierende

Ein Indikator für die Internationalität einer Hochschullandschaft ist die Offenheit für ausländische Studierende und Lehrende. Im Wintersemester 2006/07 studierten an der Universität Hamburg etwa 5.000 Männer und Frauen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit – rekordverdächtige 13,4 Prozent, die über die schlechten Bedingungen für ausländische Studierende hinwegtäuschen. Schon die Zulassung zu einer deutschen Hochschule scheitert oft am Visum. Nicht selten müssen junge Studierende eine Bürgschaft von über 8.000 Euro pro Jahr auf einem deutschen Konto vorweisen. Die Finanzierung des Studiums ist hürdenreich: Die Vorrangprüfung des Arbeitsamtes diskriminiert AusländerIn-

1 http://www.faz.net/s/RubE4DBC2864515412C86EF6C0402B6929F/Doc~E2D3DCE71B55146BC8BFA8524C8E6AE40~ATpl~Ecommon~Scontent.html

2 Zahlen für das Haushaltsjahr 2005. Quelle: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 18/2902 vom 18.10.2005

nen aus Drittstaaten gegenüber Deutschen und EU-BürgerInnen. Reguläre Jobs sind schwer zu bekommen, Anspruch auf Bafög oder Darlehen gibt es nicht, und neu eingeführte Studiengebühren verschärfen die Situation. Ohne festes Einkommen ist es in Hamburg jedoch so gut wie unmöglich, eine Wohnung zu finden; die Platzkontingente für ausländische Studierende in den Wohnheimen reichen nicht aus.

Das Ausländergesetz und die Politik des Hamburger Senats legen Studierenden aus dem Ausland Steine in den Weg: Wer es geschafft hat, ein Visum zu bekommen, muss vorfinanziert und zielorientiert studieren, Studiengebühren bezahlen, darf aber nur eingeschränkt Geld verdienen, bekommt kaum Hilfe bei der Unterbringung und soll nach dem Abschluss zügig das Land verlassen. Seit der Einführung der Bachelorstudiengänge sind Deutschkenntnisse keine Voraussetzung für ein Studium; deshalb gibt es weniger Deutschkursangebote. Als Mensch ohne europäischen Pass in Hamburg zu studieren, bedeutet unter erschwerten Bedingungen zu leben.

»Die klügsten Köpfe der Welt tun sich Hamburg gar nicht erst an«

An den Hochschulen gibt es zu wenige AnsprechpartnerInnen, die den internationalen Studierenden helfen, sich im deutschen Hochschulsystem und -alltag zurechtzufinden. Das Studentenwerk versucht, diese Lücke unter anderem mit dem Welcome-Tutorenprogramm zu schließen.[3]

Eine wichtige Anlaufstelle für Studierende aus Ländern des Südens ist das STUBE Nord.[4]

Das Studienbegleitprogramm des Diakonischen Werkes für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika unterstützt vor allem Studierende ohne Stipendium. Hier ist auch von alltäglichen Ausgrenzungen durch nicht-migrantische KommilitonInnen zu hören. Manchmal ist es »nur« die Abweisung beim Versuch, in eine Arbeitsgruppe zu kommen.

Hamburg sollte sein Potenzial für einen Hochschulstandort mit entwicklungspolitischer Ausrichtung stärker ausschöpfen. Mit dem GIGA als Forschungseinrichtung hat es dafür gute Voraussetzungen. Doch solange sich »das Tor zur Welt« für ausländische Studierende verschließt, wird wohl der unbekannte Student recht behalten, der sagt: »Die klügsten Köpfe der Welt tun sich Hamburg gar nicht erst an«.

Was wir wollen

- Die Universität Hamburg benötigt ein interdisziplinäres Zentrum, das die fächerübergreifende Zusammenarbeit in Fragen der Nord-Süd-Entwicklung und der Globalisierung in einem gemeinsamen institutionellen Rahmen ermöglicht.
- Die transdisziplinäre Organisation innerhalb der Universität und die Kooperation zwischen Universität und GIGA sollten gefördert werden
- Regionale und interdisziplinäre Studiengänge sollten aufgewertet werden. Die Universität Hamburg muss die Stärkung entwicklungspolitischer Bezüge in einem neuen Hochschulentwicklungskonzept berücksichtigen.
- Der Hamburger Senat muss die Universität finanziell besser ausstatten. Zu einer internationalen Hochschule gehören auch die so genannten kulturwissenschaftlichen Orchideenfächer.
- Ausländische Studierende brauchen bessere rechtliche Rahmenbedingungen und bessere Begleitung im Studium, das bedeutet konkret: Aufhebung des diskriminierenden Arbeitsrechts, bessere Finanzierungsmöglichkeiten des Studiums von MigrantInnen, mehr Stipendien, Zugänge zu Darlehen, bessere Jobchancen, Wohnheimplatz-Garantie, Betreuung vor Ort, Einweisung in das deutsche Hochschulsystem und persönliche Studienfachberatung.

3 http://www.studentenwerk-hamburg.de
4 http://www.stube-nord.de

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Hamburger Nichtregierungsorganisationen haben viel zu bieten: Sie unterstützen Entwicklungsarbeit in vielen Teilen dieser Welt, pflegen Städtepartnerschaften und sind Hamburgs lebendiger Bildungsträger für Eine-Welt-Themen. Ihre Kompetenz, ihre Erfahrungen, Kontakte und Personal für BNE wird an Hamburger Schulen, auf Stadtteilfesten und Ferienfreizeiten, in Weltläden, bei Hafenrundfahrten, Stadtrallies und an vielen anderen Orten deutlich.

Das EWNW unterstützt die Vielfalt der Angebote im Bereich der BNE aktiv. Allerdings gibt es für viele der Projekte keine Planungssicherheit, wodurch die langfristige Konzeption von Bildungsprojekten erschwert und unverhältnismäßig viele Kapazitäten im Bereich der Projektsicherung, Antragstellung und –abrechnung gebunden werden. Dabei böte sich für den Hamburger Senat eine gute Chance, durch politische Unterstützung und die Bereitstellung von Ressourcen das Potential der in diesem Bereich tätigen Akteurinnen und Akteure zu fördern und zu nutzen.

Biopiraterie, Hafenrundfahrten und Kinderarbeit

Das Schulprojekt der Werkstatt 3 e.V., die Open School 21, bietet für Schulen rund 30 Workshops, Hafenrundfahrten und Stadtrundgänge an. Die

Themen reichen von Globalisierung, Armutsbekämpfung und Migration über nachhaltigen Konsum bis zu Kinderalltag und Kulturen in anderen Ländern.

Der Verein »Mobile Bildung« arbeitet schwerpunktmäßig in der Erwachsenenbildung für den Fairen Handel und berät Weltläden. Als Trägerorganisation der Jahreskampagnen »Hamburg200xmalfair«, die von der Senatskanzlei initiiert wurde, stellt er zudem Bildungsangebote für SchülerInnen und LehrerInnen mit wechselnden Schwerpunktthemen bereit.

Das »Infozentrum Globales Lernen« im Weltladen der Bramfelder Laterne wendet sich seit Frühjahr 2007 mit über 3000 (Unterrichts-)Materialien und kompetenter Beratung hauptsächlich an LehrerInnen und PastorInnen.

Das Jugendbildungsprojekt biopoli der Buko Agrar Koordination bietet Bildungsangebote für LehrerInnen und SchülerInnen von der 9. bis zur 13. Klasse sowie für Jugendgruppen an. Themen sind unter anderem »Gentechnik in der Landwirtschaft«, »Biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit«, »Biopiraterie und Patente auf Leben« sowie »Weltagrarhandel und Pestizideinsatz«.

Auch das Pädagogisch-Theologische Institut (PTI), die Hafengruppe Hamburg und die Peace Brigades International (pbi) machen Bildungsarbeit im Bereich BNE.

Die UN-Weltdekade läuft ...

2002 riefen die Vereinten Nationen die Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BNE) aus: Die Staaten vereinbarten, bis 2014 weltweit Themen und Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. Das Ziel, zukunftsfähig zu wirtschaften, bedeutet, den nachfolgenden Generationen ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge zu hinterlassen. Damit das gelingt, will die Bildung für nachhaltige Entwicklung Fähigkeiten fördern und Kompetenzen vermitteln, mit denen jede und jeder Einzelne aktiv und eigenverantwortlich die Zukunft nachhaltig, also ökologisch verträglich, wirtschaftlich leistungsfähig und sozial gerecht mitgestalten kann.

Auch in der Schule müssen Kinder und Jugendliche stärker auf die Themen der globalen Entwicklung vorbereitet werden. Deshalb verabschiedete die Kultusministerkonferenz (KMK) im Juni 2007 den Orientierungsrahmen »Globale Entwicklung« (www.bne-portal.de). Die Schulen entscheiden selber darüber, wie globale Entwicklung in die Lehrpläne einfließen soll.

Entwicklungspolitische NGOs können hier ihre Kompetenz einbringen. Urteile über den Erfolg oder Misserfolg des Orientierungsrahmens wären zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Die entscheidende Frage wird sein, inwiefern es gelingt, ihn in die Praxis umzusetzen. In diesem Punkt sind die Schulen ebenso gefordert wie außerschulische AkteurInnen. Zur Zeit gibt es in Hamburg allerdings noch keine institutionalisierte Beratung für Schulen, die diesen Orientierungsrahmen umsetzen wollen. Gleichwohl existieren in Hamburg seit 2003 Rahmenpläne zum Globalen Lernen für alle Schulstufen und -formen.

Viele Stränge, schlecht verknüpft

In Hamburg arbeiten zwei übergeordnete Foren für Organisationen und Projekte im Bereich der BNE – leider mehr nebeneinander als miteinander:

Die »Hamburger Bildungsagenda für nachhaltige Entwicklung« (HHBA) wurde 2002 auf Initiative der Schulbehörde ins Leben gerufen, um Bildung für nachhaltige Entwicklung an Schulen zu bringen und die Rahmenbedingungen und die didaktische Diskussion zu verbessern. Im Forum Hamburger Bildungsagenda haben sich die staatlichen und nichtstaatlichen AkteurInnen des Globalen Lernens und der Umweltbildung zusammengeschlossen. Eine Koordinierungsgruppe sorgt für Vernetzung und gemeinsame Aktionen. In Kooperation mit der S.O.F.-Umweltstiftung hat die HHBA im März 2006 den »Bildungsführer Nachhaltige Entwicklung« herausgegeben: Die erste systematische Erfassung aller Bildungsangebote im Bereich Umwelt und Entwicklung für den Unterricht ist über www.hamburger-bildungsagenda.de abrufbar.

Die Initiative »Hamburg lernt Nachhaltigkeit« ist die Antwort der Stadt Hamburg auf die Forderungen der UN-Dekade auf nationaler Ebene. Ihr Kernstück, den »Hamburger Aktionsplan« (HHAP), hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im September 2005 erstmalig veröffentlicht und aktualisiert ihn seither jährlich. Der Maßnahmenkatalog beschreibt die Projekte aller in der BNE tätigen Organisationen in Hamburger Kindertageseinrichtungen, Schulen, in der beruflichen Aus- und Fortbildung, der Weiterbildung, den Hochschulen und den verschiedenen Formen informellen Lernens. Der HHAP ist eine Bestandsaufnahme der Aktivitäten zur BNE in Hamburg und dient vor allem der Selbstdarstellung der Stadt Hamburg im Bereich BNE auf nationaler Ebene. Umso unverständlicher ist es, dass zur selben Zeit, als der HHAP verabschiedet wurde, enorme Kürzungen im Bildungsbereich vorgenommen wurden, die zu Existenz bedrohenden Einschnitten bei einigen Trägern führten.

Schulpartnerschaften als Instrument Globalen Lernens

Schulpartnerschaften mit Ländern des Südens bieten Schulen ein enormes Potenzial, sich als »lernende Organisation« weiterzuentwickeln. Sie können den Dialog zwischen Kulturen auf Augenhöhe fördern, jungen Menschen helfen, die Ursachen von Armut und die Folgen der Globalisierung zu verstehen und anregen, solidarisches Handeln zu entwickeln.

Über das 1999 begründete Eine Welt Schulnetz (EWS) sind rund dreißig Hamburger Schulen, die Partnerschaften mit Schulen oder Projekten in Afrika, Asien, Lateinamerika haben, miteinander verbunden – zumindest als Internet-Plattform. LehrerInnen, die sich für Nord-Süd-Partnerschaften engagieren, fühlen sich häufig allein gelassen und klagen über mangelnde Anerkennung. Ihnen fehlt es an Unterstützung in der eigenen Schule, vor allem aber von institutioneller Seite. Der Senat hält sich bei der Unterstützung sehr zurück – Schulpartnerschaften gelten ihm als privates Hobby der Lehrkräfte. Die kleine Projektstelle für Globales Lernen im Landesinstitut für LehrerInnenfortbildung und Schulentwicklung (LI) ist nicht ausreichend ausgestattet, um die Nord-Südpartnerschaften zu beraten und zu qualifizieren.

Was wir wollen

- Den AkteurInnen und Initiativen, die die UN-Dekade in Hamburg mit Leben füllen, gebührt öffentlich wahrnehmbare Anerkennung von Seiten des Senats.
- Die übergeordneten Foren HLN / HHAP und HHBA sollten sich inhaltlich und strategisch abstimmen.
- Von der Bildung muss der Schritt zum Handeln für nachhaltige Entwicklung folgen. Dafür sind weitere Fördermaßnahmen von Seiten der Stadt notwendig.
- Der Senat ist aufgefordert, die Nachhaltigkeit der eigenen Maßnahmen und Strukturen zu überprüfen.
- Der Senat sollte die Angebote der NGOs zur Bildung nachhaltiger Entwicklung in Hamburg kontinuierlich finanziell und politisch absichern. Dazu gehören auch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die AkteurInnen und die Kostenübernahme für die Weiterqualifizierung außerschulischer Anbieter als Kooperationspartner für Ganztagsschulen.
- Die BNE benötigt ausreichende Fördermittel. Eine Stiftung könnte sich den Aufgaben einer BNE widmen und nach gemeinsam festgelegten Kriterien Projekte fördern.
- Verlässliche Kooperationsstrukturen und -konzepte zwischen schulischen und außerschulischen AkteurInnen müssen erarbeitet werden. Hamburg braucht eine Beratungs- und Qualifizierungsstelle für Nord-Süd-Schulpartnerschaften.

Post-Kolonialismus

Keine andere Stadt in Deutschland hat von der europäischen Kolonialexpansion so stark profitiert wie Hamburg als »Tor zur Welt«. Das »koloniale Erbe« ist im Stadtbild nach wie vor präsent – und beeinflusst unser Denken und Handeln.

Es begann im 17. Jahrhundert: Durch die Handelsverbindungen englischer und portugiesischer EinwanderInnen entwickelte sich Hamburg zum führenden Importhafen für Gewürze, Baumwolle, Tabak und Zucker. Die schnell wachsende Stadt profitierte von einer europäischen Kolonialökonomie, die auf der Versklavung von Millionen afrikanischer Menschen basierte. Hamburger Kaufleute verdienten am Import so genannter Kolonialwaren und waren unmittelbar am transatlantischen Sklavenhandel beteiligt.

Große Nummer im Menschenhandel

Ein Paradebeispiel für den lukrativen Dreieckshandel zwischen Europa, Afrika und Amerika ist Baron Heinrich Schimmelmann, seit 1760 Besitzer der Adelsgüter Wandsbek und Ahrensburg vor den Toren Hamburgs. Zwei Zeichen seines Reichtums – das Schloss in Ahrensburg und ein Mausoleum auf dem ehemaligen Friedhof an der Wandsbeker Christuskirche – sind noch heute zu besichtigen. Der Baron

exportierte Textilien, Gewehre und Branntwein aus Schleswig-Holstein und Dänemark nach Westafrika und erhielt dafür als Gegenleistung Sklaven. Viele der geraubten Menschen wurden auf die »dänischen« Jungferninseln in der Karibik verschifft, wo sie auf Schimmelmanns Plantagen unter brutalen Bedingungen Zuckerrohr, Baumwolle und Tabak anbauen mussten – wertvolle Rohstoffe für seine Manufakturbetriebe in Dänemark und Holstein.

Mit Blick auf hohe Erträge entwickelten Hamburger Kaufleute und die Handelskammer Ende des 19. Jahrhunderts starkes Interesse an der Ausweitung ihrer Rohstoff- und Absatzmärkte. Mit Erfolg: Deutschland annektierte Kolonialbesitz in Afrika und im Südpazifik. Hamburg war nun Kolonialmetropole des Kaiserreichs und entwickelte sich zum Standort kolonialer Handelsunternehmen, Reedereien und Forschungseinrichtungen.

Leerstelle im Hamburger Michel

Wer heute durch Hamburg spaziert, stößt immer noch auf sichtbare Bezüge zur kolonialen Vergangenheit: zahlreiche Straßennamen, Kontorhäuser oder Denkmäler für koloniale Feldherren. Eine Gedenktafel im Michel erinnert an Hamburger Soldaten, die zwischen 1904 und 1906 im Krieg gegen die Herero und Nama in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) starben. Die Tafel verschweigt allerdings, dass Deutschland diesen Krieg schließlich zum Völkermord an den Herero eskalieren ließ. Dass es damals abertausende afrikanischer Opfer gab, erwähnt die Tafel im Michel nicht.

Hamburg findet erst langsam zu einem angemessenen Umgang mit seiner kolonialen Vergangenheit. Spätestens seit sich der Völkermord an den Herero im Jahr 2004 zum hundertsten Male jährte, registriert auch eine breitere Öffentlichkeit, dass Deutschland, anders als oft behauptet, an der Ausbeutung und den Verbrechen während der Kolonialzeit beteiligt war. Hamburger Initiativen klären seit Jahren mit Veranstaltungen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen über Hamburgs Rolle im Kolonialismus auf: So laden das Eine Welt Netzwerk Hamburg und die Hafengruppe Hamburg regelmäßig unter dem Motto »hamburg postkolonial« zu Stadtspaziergängen und Hafenrundfahrten ein (Termine unter www.ewnw.de) und regen so HamburgerInnen und TouristInnen dazu an, die Stadt mit anderen Augen zu sehen. Die Spaziergänge führen zum Beispiel am »Afrikahaus« der Hamburger Handelsfirma Woermann vorbei – die einflussreiche Privatreederei trieb die deutsche Kolonialisierungspolitik ab 1884 aktiv voran und sicherte 1904 den Transport deutscher Waffen und Soldaten zur Niederschlagung des Hereroaufstands.

Erinnerungsbaustelle Hermann von Wissmann

Koloniale und postkoloniale Spuren im öffentlichen Raum sichtbar zu machen, um eine Debatte anzuregen, war auch Ziel des Projekts der bildenden Künstlerin Jokinen: Ein Jahr lang stellte sie das Denkmal des Kolonialoffiziers Hermann von Wissmann an den Hamburger Landungsbrücken aus und lud zur offenen Debatte im virtuellen Raum. Das Denkmal ist inzwischen wieder abgebaut, doch

auf der Internetpräsenz www.afrika-hamburg.de können sich BesucherInnen weiterhin über Hamburgs Kolonialgeschichte informieren.

Inzwischen hat die Frage, wie Hamburg und seine BürgerInnen mit dem kolonialen Erbe umgehen, auch die parlamentarische Politik erreicht. Gemeinsam mit Hamburger Initiativen fordert die GAL Hamburg zum Beispiel einen »Park postkolonial« auf der Harburger Schlossinsel.

Kolonialismus zeigt weiterhin Wirkung

Hamburg profitiert von seiner Standortkompetenz und von seinem Erfahrungsschatz kolonialen Ursprungs. Die Universität ging nach dem Ersten Weltkrieg aus einem Kolonialinstitut hervor. Der Hamburger Hafen ist Drehscheibe eines Welthandels, der strukturell noch von der Kolonialzeit geprägt ist. Der Begriff »postkolonial« will zum Ausdruck bringen, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der der Kolonialismus zwar vergangen ist, gesellschaftlich jedoch weiterhin Wirkung zeigt. Die Spuren des Kolonialismus sind nicht nur als steinerne Zeugen in Gestalt von Kontorhäusern und Denkmälern präsent. Sie prägen auch heute noch das Weiße Bild von Afrika und den Umgang mit Menschen, die eine dunkle Hautfarbe haben.

Von solchen Erkenntnissen ist die politische Mehrheit in Hamburg noch weit entfernt. Davon zeugt zum Beispiel die sorglose Namensgebung von Straßen und Plätzen in der neuen HafenCity nach Eroberern und Kolonialherren wie Magellan und Vasco da Gama. Auch die Präsentation kolonialistischer Militärdenkmäler als »Tanzania-Park« in der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne in Jenfeld gleicht eher einer kolonialen Gedenkstätte als einem Ort, der zum kritischen Umgang mit der Vergangenheit anregen will.

Größter »Kolonialskandal« der jüngsten Zeit: Für den eingangs erwähnten Baron Schimmelmann ließ der Bezirk Wandsbek 2006 eine Denkmalsbüste errichten – die »Black Community Hamburg« und viele andere Initiativen haben bisher vergeblich für ihre Entfernung demonstriert.

Nicht nur in die Vergangenheit schauen

Wie findet die »Weltstadt Hamburg« einen konstruktiven Umgang mit ihrer kolonialen Vergangenheit? Der erste Schritt ist die Bereitschaft zur Auseinandersetzung und Veränderung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. In Bildung, Wirtschaft, Politik und Medien muss daraufhin gearbeitet werden, ein gleichwertiges Miteinander mit den Menschen aus den ehemaligen Kolonien hier und dort zu erreichen. Das kann nur funktionieren, wenn man sich mit den eigenen Vorurteilen, Denk- und Verhaltensweisen auseinandersetzt.

Postkoloniale Erinnerungsarbeit begnügt sich nicht damit, auf die Vergangenheit zu schauen. Vielmehr spürt sie auch den kolonialen Prägungen in unseren jetzigen Vorstellungen nach und versucht sie zu dekonstruieren – eine Aufgabe auch und gerade für diejenigen in Schulen, Kirchen oder Nichtregierungsorganisationen, die mit PartnerInnen in den Ländern des Südens arbeiten. Wer etwas an heutigen Verhältnissen ändern will, muss ihre Vorgeschichte kennen. Sich gemeinsam zu erinnern, kann helfen, zukünftige Beziehungen gerechter zu gestalten.

Was wir wollen

- Der Hamburgische Senat und die Bürgerschaft sollen sich zur historischen Verantwortung Hamburgs bekennen.
- Die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit soll in die Arbeit bei der Städtepartnerschaft, die Hamburg mit Dar es Salaam anstrebt, integriert werden.
- Der deutsche Kolonialismus wird als Thema in Hamburger Schulcurricula verankert.
- Der »Tanzania-Park« soll zu einer postkolonialen und antirassistischen Erinnerungsstätte umgestaltet werden.
- Straßen sollen nicht mehr nach Kolonialisten benannt werden. Straßen, die bereits den Namen von Kolonialherren wie Dominik oder Wissmann tragen, sollten nach Persönlichkeiten antikolonialer Befreiungsbewegungen benannt werden.
- Der Senat sollte einen postkolonialen Kunst- und Erinnerungsraum mit internationaler Ausstrahlung auf der Harburger Schlossinsel oder im Gebiet der HafenCity fördern.
- Hamburg sollte sich am Entschädigungsfonds der Bundesregierung für die Nachfahren der Opfer des deutschen Völkermords an den Herero beteiligen.

Migration und Flucht

Ausländer, Fremde, Gastarbeiter, Einwanderer, Zuwanderer, Migranten, Immigranten – der Namen gibt es viele und PolitikerInnen haben sie in den letzten Jahren immer wieder verändert. Gemeinsam ist dieser Personengruppe, dass ihr nicht die gleichen Rechte wie den Deutschen ohne Migrationshintergrund gewährt werden. Im Alltag – zum Beispiel bei der Jobsuche, in der Schule – sind sie benachteiligt. Rassismus, der viele Eingewanderte trifft, führt im Extremfall zu Verbalattacken, gewalttätigen Angriffen und Mord.

JedeR Vierte hat einen Migrationshintergrund

Hamburg ist wie alle deutschen Großstädte eine Einwanderungsstadt. Fast 15 Prozent, rund 300.000 der knapp zwei Millionen Menschen, die in der Hansestadt leben, haben einen ausländischen Pass. Diese HamburgerInnen kommen aus über 180 verschiedenen Staaten. Die mit Abstand größte Gruppe, knapp ein Viertel, besitzt die türkische Staatsangehörigkeit, fünf Prozent sind afghanische Staatsangehörige.[1] Viele haben ein prekäres, befristetes Aufenthaltsrecht, eine Aufenthaltsgestattung oder eine Duldung.

Manche haben überhaupt keine Papiere: Sie arbeiten in wohlhabenden Haushalten, auf Baustellen und in Restaurants. Illegalisierte SexarbeiterInnen bieten Dienstleistungen an. Es gibt keine belastbaren Zahlen, wie viele »illegale« Männer, Frauen und Kinder in Hamburg leben.

Jedes Jahr erhalten in Hamburg rund 4.000 Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft.[2] 26 Prozent aller HamburgerInnen haben einen Migrationshintergrund – sie sind AusländerInnen oder Deutsche, die sich einbürgern ließen oder deren Eltern eingewandert sind.[3] Fast jedes zweite Kind unter sechs Jahren in Hamburg hat einen Migrationshintergrund.[4]

Engagement für ein gleichberechtigtes Miteinander in Zeiten des Nützlichkeitsdiskurses

Migrantische Selbstorganisationen, kirchliche Gruppen zur Flüchtlingsarbeit, migrationspolitische und antirassistische Initiativen sowie interkulturelle Begegnungsstätten, darunter auch Mitgliedsgruppen des Eine Welt Netzwerks Hamburg, engagieren sich seit vielen Jahren für ein gleichberechtigtes Miteinander in Hamburg. Sie denken Integration im Sinne von Partizipation und einem Recht auf Rechte. Sie streiten für einen Zugang zu (Aus-)Bildung, staatlichen Dienstleistungen oder Wohnungen und für die Einbindung in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse.

Der lebendigen Szene in Hamburg ist es zu verdanken, dass immer wieder eine kritische Öffentlichkeit hergestellt wird, sei es zu den Brechmitteleinsätzen, der Abschiebung afghanischer Familien oder dem Ältermachen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen mittels rassistischer Untersuchungen. Sie gibt Antirassismus-Workshops und Seminare zur Interkulturellen Kompetenz. Sie bietet Begegnungsorte und geschützte Räume für Beratung und Hilfe. Sie organisiert Protest und setzt sich dafür ein, dass Weltoffenheit und gleichberechtigter internationaler Austausch in Hamburg einen festen Platz finden.

Doch auch in Hamburg dominieren die Stimmen derjenigen die Debatte, die Integration als eine Bringschuld der MigrantInnen definieren, und die ein defizitäres, negatives Bild von MigrantInnen zeichnen: Sie täten zu wenig, um Deutsch zu lernen; sie hätten kein Demokratieverständnis. Damit darf sich jeder »Bio-Deutsche« über die MigrantInnen aufschwingen, auch wenn er oder sie selbst nicht alle Namen der sechzehn Bundesländer aufzählen kann, wie im Integrationskurs verlangt. Dieser Diskurs hilft nicht, den in vielen deutschen wie migrantischen Bevölkerungsgruppen verbreiteten frauenfeindlichen und antidemokratischen Ansichten entgegenzuwirken. Er dient vor allem dazu, die Identität als Deutsche zu stärken und das Bild von Einwanderern zu schwächen – ein idealer Nährboden für rassistische Attacken.

Im öffentlichen Diskurs gilt »der Migrant« wahlweise als verdächtig und kulturell rückständig –

1 Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: STATISTIK INFORMIERT NR. 61/2007

2 Quelle: Einwohner-Zentralamt Hamburg Jahresbilanz 2006

3+4 Quelle: Zahlen von 2005, Statistisches Bundesamt

Hamburger Spezialitäten

Hamburg gilt als liberal und weltoffen. Doch bei MigrantInnen und Flüchtlingen greift Hamburg zu harten Mitteln: Vertreibung, Ältermachen, Abschiebung. Sicher, die Debatte um Integration wird bundesweit geführt, das Zuwanderungsgesetz wurde in Berlin beschlossen. Doch Hamburg hat auch in den Bereichen Abschiebungen und Asyl Handlungsspielraum, den die Hansestadt bislang nur in repressiver Weise nutzt. Durch Abschreckung versuchen die Hamburger Behörden, Flüchtlinge von der Stadt fern zu halten.

- Seit 2002 hat Hamburg mehr als 12.000 Männer, Frauen und Kinder abgeschoben – im Städtevergleich liegt Hamburg damit weit vorn.[3]
- Die Zahl der neu eingereisten und in Hamburg verbliebenen AsylbewerberInnen ist 2006 auf 481 gesunken.[4] Ein erstaunliches Rekordtief – nicht nur angesichts der Zahlen früherer Jahre, sondern auch in Anbetracht der vielen Krisen, Kriege und Verfolgungen weltweit.
- Bei so genannten »Botschaftsanhörungen« stellen »ausländische Delegationen« in Absprache mit den deutschen Behörden, aber ohne Einbeziehung der eigentlich zuständigen Botschaft, afrikanischen Flüchtlingen gegen deren Willen Reisepapiere aus. So konnte Hamburg Flüchtlinge nach Guinea, Burkina Faso, nach Benin, Ghana, Togo und in andere afrikanische Länder abschieben. Wer sich gegen die Abschiebung wehrte, wurde gefesselt und mit Medikamenten ruhig gestellt.
- Nur wenige Kinder schaffen es auf ihrer Flucht ohne ihre Eltern bis nach Hamburg. Beantragten 2001 noch mehr als 1.000 unbegleitete Minderjährige hier Asyl, sind es heute kaum mehr hundert.[5] Nur unter großem Druck gewährt die Behörde den Kindern und Jugendlichen Hilfen wie Vormund, Inobhutnahme und Schulbesuch. Rigoros erklärt die Behörde sie für älter und verteilt sie auf andere Bundesländer.
- Als erste Landesregierung schob Hamburgs Senat ledige Männer und Ehepaare ab April 2005 in das kriegszerstörte Afghanistan ab. Familien blieben nach Protesten vorerst verschont.
- Razzien: Die Polizei riegelt S-Bahnhöfe wie die Veddel, an denen viele Eingewanderte ein- und aussteigen, ab und kontrolliert die Papiere von »ausländisch« aussehenden Menschen.
- Seit der Schließung des Wohnschiffs Bibby Altona 2007 ist die Zentrale Erstaufnahme in eine abgelegene, ehemalige Kaserne in Nostorf/Horst, Mecklenburg-Vorpommern, ausgelagert. Damit hat der Senat sein 2002 erklärtes Ziel erreicht, die neue Erstaufnahme »nicht citynah« anzusiedeln, um so »möglichst unattraktive Rahmenbedingungen« zu schaffen.[6]

3+4 Quelle: Einwohner-Zentralamt Hamburg Jahresbilanz 2006
5 Quelle: Einwohner-Zentralamt Hamburg
6 Quelle: »Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Neuordnung der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA)« vom 27.6. 2002

oder als nützlich für die deutsche Wirtschaft. Die Gesellschaft in Deutschland – Hamburg bildet da keine Ausnahme – ist geprägt von rassistischen Strukturen. Sie nimmt – in der Tendenz – MigrantInnen nur dann auf, wenn sie als korrekturbedürftige Objekte sichtbar gemacht werden, die nationalpädagogische Pflichtveranstaltungen besuchen.

Es geht nicht darum, Missstände zu ignorieren. Analphabetismus, patriarchale Strukturen, Homophobie, Antisemitismus und autoritäres Politikverständnis gibt es sowohl unter MigrantInnen als auch unter Deutschen. Sie müssen umfassend angegangen werden – ohne dabei in Klischees zu verfallen.

Integration mit Gegenverkehr

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie umfasst auch die Umgestaltung und Veränderung der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Institutionen. Integration ist keine Anpassungsleistung, die nur von Menschen mit Migrationshintergrund zu fordern ist. Integration im Sinne von Entfaltungsmöglichkeiten, Gestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben adressiert sich an MigrantInnen und an die Mehrheitsgesellschaft, ihre Strukturen und Institutionen. Hier sind interkulturelle Orientierung als Leitbild und interkulturelle Öffnung als Regelaufgaben gefragt. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche bezieht.

Migration und Flucht *Fortsetzung*

Brechmittel-Folter in Hamburg

Die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln verstößt gegen das Folterverbot: Hamburg verzichtet seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte von 2006 darauf, mutmaßlichen Drogenhändlern Brechmittel gewaltsam einzuflößen, um sie zu überführen. Aber die Polizei setzt den Brechsirup auf »freiwilliger« Basis weiterhin ein.

Viele Jahre protestierten die Ärztekammer Hamburg, WissenschaftlerInnen und mehrere antirassitische Initiativen gegen diese lebensbedrohende Folter-Behandlung. Mindestens zwei Menschen sind bereits während der gewaltsamen Brechmittelvergabe gestorben: Achidi John 2001 in Hamburg und Laye-Alama Condé 2005 in Bremen.

Die Hamburger Kampagne gegen Brechmitteleinsätze hat bei der Generalbundesanwältin Monika Harms eine Strafanzeige gestellt, u.a. wegen Anstiftung zur Nötigung, zur gefährlichen Körperverletzung und zur Körperverletzung im Amt gegen den ehemaligen Hamburger Innensenator Olaf Scholz, seine Nachfolger Ronald Schill und Udo Nagel, die ehemalige Justizsenatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit und ihre Nachfolger Dr. Roger Kusch und Carsten-Ludwig Lüdemann, gegen unbekannte Hamburger PolizeibeamtInnen und StaatsanwältInnen beim Landgericht Hamburg sowie gegen den Leiter und eine Mitarbeiterin des Instituts für Rechtsmedizin an der Universitätsklinik Eppendorf, und weitere, beim Institut für Rechtsmedizin in Hamburg beschäftigte, unbekannte ÄrztInnen.

Die Bundesanwältin sah sich trotz des Folter-Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte nicht für den Fall zuständig; die Generalstaatsanwaltschaft Hamburg schließlich nahm die Strafanzeige laut Rechtsanwalt Martin Klingner nicht an. Das Eine Welt Netzwerk Hamburg erwartet von der Leitung des Universitätskrankenhauses Eppendorf sowie von den politisch Verantwortlichen nun zumindest die kritische Aufarbeitung dieser menschenrechtswidrigen Praxis.

Hamburgs Handlungskonzept Integration: »MigrantInnen müssen nützen!«

In der öffentlichen Diskussion und in den Gesetzen offenbart sich, dass Integration nicht abgeleitet wird aus humanitären, menschenrechtlichen und demokratischen Prinzipien wie Gleichberechtigung, Recht auf Würde, Respekt und Gleichstellung, sondern aus wirtschaftsnützlichen Standortüberlegungen, die die Eingewanderten als belastende Kostenfaktoren oder als gewinnbringende NutzbringerInnen einstuft.

Diese Sicht spiegelt sich auch in dem im Winter 2006 vorgestellten Handlungskonzept des Hamburger Senats zur Integration wider. Zwar gibt es erfreuliche Aspekte wie die geplante interkulturelle Öffnung der Polizei, der Verwaltung, der Schulen. Gleichzeitig wurden aber in den letzten Jahren Mittel der Migrationsdienste gekürzt, während die Regeldienste noch nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der HamburgerInnen mit Migrationshintergrund eingehen. Zudem hat der Senat 2002 das Amt der Ausländerbeauftragten abgeschafft. Und Flüchtlinge, die meist einen Duldungsstatus haben, und Illegalisierte kommen in dem Handlungskonzept nicht vor. Im Gegensatz zu einigen anderen Städten, etwa München, ignoriert der Hamburger Senat die Situation von Illegalisierten völlig. Lediglich im schwarz-grünen Bezirk Altona steht das Thema Grundversorgung – Schule, Wohnen, Gesundheit – von Illegalisierten und deren Kindern im Koalitionsvertrag.

Die Innenbehörde hat Asylsuchende und Flüchtlinge, die meist einen sehr prekären Aufenthaltsstatus haben, in den vergangenen Jahren systematisch aus der Hansestadt vertrieben. Sicher, viele Flüchtlinge scheitern bereits an der Festung Europa, sterben auf dem Weg in den reichen Norden oder stranden in den südlichen EU-Staaten. Bei den wenigen,

die überhaupt noch nach Hamburg gelangen, setzen der Senat und die Ausländerbehörde einiges daran, sie aus der Hansestadt fern zu halten: Sie verteilen sie auf andere Bundesländer, machen ihnen das Leben schwer und schieben sie in Krieg und Armut ab (siehe Kasten S. 21).

Unerwähnt im Hamburger Handlungskonzept bleibt der Aspekt der Diskriminierung. Viele Menschen anderer Herkunft erleben auch in Hamburg alltägliche, unterschiedlichste Benachteiligungen: Junge Erwachsene werden von Diskotheken abgewiesen, Wohnungssuchende müssen sich anhören, an »Ausländer« werde nicht vermietet, AutobesitzerInnen zahlen höhere Kfz-Versicherungen. Doch auch durch vermeintlich neutrale Gleichbehandlung werden Ausschlüsse produziert, zum Beispiel wenn von allen BewerberInnen auf eine Stelle die gleichen Deutschkenntnisse verlangt werden, auch wenn diese für die Ausübung der geforderten Tätigkeiten nicht von Belang sind. Eine andere Form der Diskriminierung wirkt indirekt: Eltern mit Migrationshintergrund wird überdurchschnittlich häufig davon abgeraten, ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken. Die Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im Sommer 2006 hat ein wichtiges politisches Signal zur Ächtung von Rassismus und Diskriminierung gesetzt – daran konnte auch Hamburgs Bundesratsinitiative im Februar 2005 gegen den rot-grünen Entwurf des Antidiskriminierungsgesetz wenig ändern.[7]

Zu seiner Umsetzung in Hamburg müssen nun Beratungs- und Anlaufstellen eingerichtet werden, an die sich MigrantInnen wenden können. Leider sieht der Senat bislang keine so genannten Antidiskriminierungsbüros vor.

Flucht und Migration lassen sich nicht von einer Politik nachhaltiger Entwicklung trennen. In der globalisierten Welt ist eine wohlhabende Stadt wie Hamburg indirekt und direkt mit vielen Ländern des Südens und Ostens verbunden. Im Rahmen seiner Verantwortung für eine zukunftsfähige globale Entwicklung und den Ausgleich von Nord und Süd könnte Hamburg eine wichtige entwicklungspolitische Aufgabe darin sehen, Vertreibung, Fluchtursachen und Armut zu bekämpfen. Ein erster Schritt wäre, den Menschen und vor allem den Kindern und Jugendlichen aus Afghanistan, Sierra Leone, dem Irak und anderen Ländern hier – in einer der reichsten Städte der Welt – Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

Was wir wollen

- Einwanderung findet statt. Sie sollte als Chance begriffen werden.
- Benachteiligte Kinder und Jugendliche brauchen ungeachtet ihrer Herkunft mehr Investitionen. Die Diskriminierung im Bildungsbereich an Kitas und in Schulen muss abgebaut werden.
- Kein Mensch ist illegal: Wir brauchen eine offensive Auseinandersetzung mit dem Thema Illegalisierung und der Situation der Betroffenen. Illegalisierte und andere Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus haben ein Recht auf Rechte!
- Rassistische Brechmitteleinsätze, Altersfeststellungen, Abschiebungen und Kontrollen müssen beendet werden!
- Bildungsangebote und Sprachkurse dürfen nicht mit Zwang und Sanktionen verbunden sein.
- Hamburg braucht eineN MigrationsbeauftragteN – das Amt muss als korrigierende und begleitende Institution mit weit reichenden Kompetenzen ausgestattet sein.
- Es sind weitere Maßnahmen und Investitionen notwendig, um Politik, Behörden, Gesundheitsdienste, Medien und Unternehmen für MigrantInnen zu öffnen.
- Das Bundesland Hamburg soll sich auf Bundesebene für eine ernstgemeinte Gleichberechtigung einsetzen, das heißt vollständige Ratifizierung der Kinderkonvention, Abschaffung der Bevorrechtung von Deutschen auf dem Arbeitsmarkt, Abschaffung des gesetzlichen Zwei-Klassenrechts im Bereich Flüchtlinge durch schlechtere Gesundheitsversorgung, eingeschränkte Bewegungsrechte und das so genannte Asylbewerberleistungsgesetz.
- Es sollten Antidiskriminierungsbüros zur Information und Beratung von MigrantInnen eingerichtet werden. Eine öffentliche Kampagne sollte über das neue Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz informieren.

7 Quelle: http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemeldungen/2005/februar/01/2005-02-01-jb-antidiskriminierung.html

Die Mitglieder des Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. (EWNW) ist der Dachverband entwicklungspolitischer Initiativen in Hamburg. Es vernetzt über 90 Mitgliedsgruppen, die für den Abbau sozialer Ungleichheit zwischen Menschen und Staaten eintreten. Mit großem – oft ehrenamtlichem – Engagement holen die Mitgliedsgruppen ein Stück der weiten Welt nach Hamburg.

Sie informieren über die Verantwortung des Nordens, die Situation in den Ländern des Südens, über Menschenrechtsbewegungen vor Ort und in der Welt. Sie setzen sich dafür ein, dass Weltoffenheit und gleichberechtigter internationaler Austausch in Hamburg einen festen Platz finden.

Die Mitgliedsgruppen des EWNW, darunter größere Verbände wie das Diakonische Werk Hamburg und die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) sowie viele kleinere Initiativen, sind vor allem in den folgenden Bereichen aktiv: Partnerschaftsprojekte in Ländern des Südens, entwicklungspolitische Bildung, interkulturelle Begegnungsstätten und Fairer Handel.

Das EWNW stößt gemeinsame Aktivitäten an, berät Vereine in Finanzfragen und bietet Qualifizierungs-Seminare an. Zahlreiche Kampagnen, Ringvorlesungen an der Hamburger Universität und Informationsveranstaltungen tragen entwicklungspolitische Themen in die Hamburger Öffentlichkeit.

Das EWNW ist eines von 16 Landesnetzwerken in Deutschland. Es wurde 1992 gegründet und zählt damit zu den ältesten entwicklungspolitischen Landesnetzwerken.

Die vorliegende Broschüre hat der Arbeitskreis »Entwicklungspolitik in Hamburg« im EWNW erstellt. Seine Positionen stimmen nicht unbedingt und automatisch mit denen aller EWNW-Mitgliedsgruppen überein.

Stand: Januar 2008

Afghanistan Hilfs- und Entwicklungsdienst gGmbH
Steindamm 87
20099 Hamburg
040 / 37518277
zediqian@ahed-ev.de
www.ahed-ev.de

Afghanistan-Schulen – Verein zur Unterstützung von Schulen in Afghanistan e.V.
Deefenallee 21
22113 Oststeinbek
040 / 7122467
flader@Afghanistan-Schulen.de
www.afghanistan-schulen.de

Africa Aid-Maximum Care e.V.
Postfach 93 50 05
21094 Hamburg
0160 / 6502361
africaaidmaxcare@yahoo.de
www.silverstation.eu

AFRIKA goes online e.V.
Bernstorffstraße 39
22767 Hamburg
040 / 43208700
j.jeremie@12move.de
www.afrika-goes-online.de

Afrikanische Union Hamburg e.V. (A.U.H.)
Hospitalstraße 107
22767 Hamburg
040 / 8902618

Aktionszentrum 3. Welt e.V.
Osterstraße 171
20255 Hamburg
040 / 440821
mail@az3w.de
www.az3w.de

Amhara Development Association (ADA) Hamburg e.V.
Kaeriusweg 2a
22119 Hamburg
040 / 21112265
G.Berhane@gmx.de

Arbeit und Leben DGB/VHS e.V.
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
040 / 2840160
office@hamburg.arbeitundleben.de
www.hamburg.arbeitundleben.de

Arbeitsgemeinschaft Freier Jugendverbände in Hamburg e.V. (AGFJ)
Alfred-Wegener-Weg 3
20459 Hamburg
040 / 316568 oder 040 / 78897630
mail@agfj.de
www.agfj.de

archiv-aktiv e.V.
Sternschanze 1
20357 Hamburg
040 / 4302046
info@archiv-aktiv.org
www.archiv-aktiv.org

Bangladesh Shamiti e.V.
Steindamm 70
20099 Hamburg
0177 / 7957096
bd_shamiti@yahoo.de
www.banglashamiti.de.cz

basis & woge e.V.
Steindamm 11
20097 Hamburg
040 / 3984260
info-woge@basisundwoge.de
www.basisundwoge.de

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
Stuhlmannstraße 3
22767 Hamburg
040 / 4225037
alasiri@bezev.de
www.bezev.de

Bramfelder Laterne
Berner Chaussee 58
22175 Hamburg
040 / 6415023
info@bramfelderlaterne.de
www.bramfelderlaterne.de

Brasilien Magazin e.V.
Postfach 570450
22773 Hamburg
040 / 38611737
brasilienmagazin@gmx.de
http://org.brasilienmagazin.de

Brot für die Welt - Diakonisches Werk Hamburg
Königstraße 54
22767 Hamburg
040 / 30620232
brot@diakonie-hamburg.de
www.bfdw-hamburg.de

BUKO Agrar Koordination & FIA e.V.
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
040 / 393156
info@bukoagrar.de
www.bukoagrar.de

Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
040 / 393156
mail@buko.info
www.buko.info

Büro für Kultur- und Medienprojekte gGmbH
Postfach 50 01 61
22701 Hamburg
040 / 39900060 oder 040 / 3901407
info@kultur-und-medien.com
www.kinderkulturkarawane.de und
www.fernsehworkshop.de

CCC Kampagne für Saubere Kleidung Gruppe Hamburg
Karolinenstraße 4
20357 Hamburg
040 / 436573
gisela.pick@gmx.de
www.sauberekleidung.de

CHAWEMA e.V.
c/o Eine Welt Netzwerk Hamburg
Große Bergstraße 255
22767 Hamburg
040 / 68994847
chawema@web.de
www.chawema.de

Christliches Hilfswerk für Afrika e.V.
Bergheide 37
21149 Hamburg
040 / 7015946
cha-deutschland@online.de
www.move.to/cha

COOPERU – Deutsch-peruanische Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung e.V.
c/o Porschke
Gustav-Falke-Straße 4
20144 Hamburg
040 / 46966342
cooperu-ev@hamburg.de

Cultur Cooperation e.V.
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
040 / 394133
info@culturcooperation.de
www.culturcooperation.de und
www.culture-and-development.info

Das Hunger-Projekt e.V.
Ahornkamp 11
22335 Hamburg
040 / 63281877
rbb@thp.org
www.das-hunger-projekt.de

Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V.
Klövensteenweg 89 a
22559 Hamburg
040 / 817225
karin.steinbrinker@t-online.de

Deutsch-Tansanische Partnerschaft e.V.
Jessenstraße 4-6, 1. OG
22767 Hamburg
040 / 38616113
info@d-t-p-ev.de
www.d-t-p-ev.de

DEWI SARASWATI Hamburg - Patenschaftskreis für die Ausbildung chancenarmer Kinder e.V.
Stadtbahnstraße 86
22393 Hamburg
040 / 6013881
DewiSarasw@aol.com
www.dewi-saraswati.org

dock europe e.V.
Amandastraße 60
20357 Hamburg
040 / 80609222
office@dock-europe.net
www.dock-europe.net

european playwork association e.V. (e.p.a.)
Erzbergerstraße 3
22765 Hamburg
040 / 433190
epa@go-epa.org
www.go-epa.org

el rojito
Große Brunnenstraße 74
20763 Hamburg
040 / 3906898
kaffee@el-rojito.de
www.el-rojito.de

Entwicklungsforum Bangladesh e.V.
Rodigallee 276a
22043 Hamburg
040 / 65491599
infoewf@yahoo.de
www.entwicklungsforum-bangla-desh.org

european-mediterranean youth bridge e.V. (emyb)
c/o Silke Stecker
Grindelallee 105
20146 Hamburg
040 / 97071457
contact@emyb.org
www.emyb.org

Ev.-luth. Melanchthon-Kirchengemeinde
Ebertallee 30
22607 Hamburg
040 / 891306
buero@melanchthonkirchengemein-de.de
www.melanchthonkirchengemein-de.de

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
Wulfsdorfer Weg 29
22949 Ammersbek
040 / 6052559
borgeest@haus-am-schueberg.de
www.eed.de/bildungsstelle-nord

FIAN Deutschland e.V. Gruppe Hamburg
Hasselbrookstraße 29
22089 Hamburg
040 / 600814091
marenkroeger@yahoo.com
www.fian.de

Freundeskreis León-Hamburg e.V.
Große Straße 85
21075 Hamburg
040 / 25492465
freundeskreis-Leon-hamburg@gmx.de

Germanwatch e.V. Gruppe Hamburg
Zeißtwiete 9
22765 Hamburg
040 / 8512174
Klaus.Willke@t-online.de
www.germanwatch.org

GWA St.Pauli- Süd e.V.
Hamburger Hochstr. 2
20359 Hamburg
040 / 3193623
info@koelibri.de
www.koelibri.de

H.E.L.G.O. e.V.
Kuhkoppel 18
22159 Hamburg
040 / 6770196
info@helgo-indien.de
www.helgo-indien.de

Hafengruppe Hamburg
Nernstweg 32
22765 Hamburg
040 / 18986758
hafengruppe@hamburg.de
www.hafengruppe-hamburg.de

Haus am Schüberg
Wulfsdorfer Weg 33
22949 Ammersbek/Hoisbüttel
040 / 6052603
info@haus-am-schueberg.de
www.haus-am-schueberg.de

Helft Nicaraguas Kindern e.V.
Gropiusstraße 12
22309 Hamburg
040 / 42889201
Angela.Sperlich@bbs.hamburg.de
www.helft-nicaraguas-kindern.org

Homöopathen ohne Grenzen e.V.
Bernstorffstraße 117
22767 Hamburg
040 / 43274702
info@ohnegrenzen.org
www.ohnegrenzen.org

IFA - Initiative zur Förderung der Afrikaarbeit in Nord- und Ostdeutschland
Friedensallee 263
22763 Hamburg
040 / 8892112

Interkulturelle Begegnungsstätte e.V.
Rendsburger Straße10
20359 Hamburg
040 / 3908798
ikbev@ikb-frauen.de
www.ikb-frauen.de

Internationale Kommunikationswerkstatt e.V.
c/o Hamdorf
Harkortstraße 42 B
22765 Hamburg
040 / 312458
ikwhamburg@gmx.de

Kabungu Development Hamburg e.V.
Ulmenliet 4
21033 Hamburg
040 / 7246065
Gottfried.Brandstaeter@gmx.net

Kinderhaus im Sternipark e.V.
Amandastraße 60
20357 Hamburg
040 / 4318740
info@sternipark.de
www.sternipark.de

Kinderladen Maimouna e.V.
Holstenstraße 20
22765 Hamburg
040 / 388783
Maimounakila@yahoo.de
www.maimounakila.de

Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordelbischen Evang.-Luth. Kirche
Wulfsdorfer Weg 29
22949 Ammersbek
040 / 6052603
freytag@haus-am-schueberg.org
www.ked-nordelbien.de

Kirchlicher Weltdienst im Nordelbischen Missionszentrum
Agathe-Lasch-Weg 16
22605 Hamburg
040 / 88181332
info@nmz-mission.de
www.nmz-mission.de

Kulturaustausch International e.V. (IKA)
Nernstweg 32
22765 Hamburg
040 / 39909755
Peeng@t-online.de

Mar Gabriel, Verein zur Unterstützung der syrischen Christen e.V.
Polarweg 23
22145 Hamburg
040 / 6794811
moser@margabrielverein.de
www.margabrielverein.de

Marie-Schlei-Verein e.V.
Schäferstraße 16
20357 Hamburg
040 / 458335
Marie-Schlei-Verein@t-online.de
www.marie-schlei-verein.de

Mobile Bildung e.V.
Stresemannstraße 374
22761 Hamburg
040 / 896079
beratung@sued-nord-kontor.de
www.weltladen.de/mobilebildung

Nakupenda Africa e.V.
Meiereistraße 1a
37287 Wehretal
0179 / 7068177
info@nakupenda-africa.com
www.nakupenda-africa.com

Nepal Team Michaelis Neugraben
Cuxhavener Straße 323
21149 Hamburg
040 / 7966399
michaelis.neugraben@t-online.de

Nicaragua-Verein Hamburg e.V.
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
040 / 394404
Nicaragua-Verein@t-online.de
www.nicaragua-verein.de

Niños de la Tierra e.V.
Averhoffstraße 8
22085 Hamburg
040 / 27883210
info@ninos-de-la-tierra.de
www.ninos-de-la-tierra.de

Nutzmüll e.V.
Mendelssohnstraße 13
22761 Hamburg
040 / 8903111
Nutzmuell@t-online.de
www.nutzmuell.de

Ökomarkt - Verbraucher- und Agrarberatung e.V.
Kurfürstenstraße 10
22041 Hamburg
040 / 6565042
info@oekomarkt-hamburg.de
www.oekomarkt-hamburg.de

Open School 21
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
040 / 39807690
info@openschool21.de
www.openschool21.de

Palästinensische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V.
Treptower Straße 85c
22147 Hamburg
040 / 6482342
ELNader@aol.com

Partnerschaft mit Guinea e.V.
Hospitalstraße 95a
22767 Hamburg
040 / 387092
info@guineapartners.de
www.guineapartners.de

peace brigades international e.V. (pbi) Deutscher Zweig e. V.
Bahrenfelder Straße 79
22765 Hamburg
040 / 3806903
info@pbi-deutschland.de
www.pbi-deutschland.de

PestizidAktions-Netzwerk e.V. (PAN)
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
040 / 39919100
info@pan-germany.org
www.pan-germany.org

Plan International e.V.
Bramfelder Straße 70
22305 Hamburg
040 / 611400
info@plan-deutschland.de
www.plan-international.de

S.O.S. Ruanda e.V.
Postfach 20 12 35
20202 Hamburg
040 / 4601528
vmunyengango@alice-dsl.de

S.O.S. Struggles of Students e.V.
Königstraße 54
22767 Hamburg
0163 / 4245449
sos-students@uni-hamburg.de
student.org.uni-hamburg.de/sos-students/

Support of West African Students (S.O.W.A.S.) e.V.
Wellingsbütteler Weg 9
22391 Hamburg
040 / 86689873
sowas2003@aol.com
www.sowas-ev.de

Sambia-Förderverein e.V.
Moorweg 9b
21266 Jesteburg
04183 / 5295
info@sambia-fv.de
www.sambia-fv.de

Shelter for Africa e.V.
Nettelbeckstraße 3
22761 Hamburg
040 / 2279937
shltafrica@aol.com
www.shelterforafrica.de

Stiftung do
Amandastraße 60
20357 Hamburg
040 / 80609214
info@stiftung-do.org
www.stiftung-do.com

Südafrikagruppe im Kirchenkreis Harburg
Kreetortring 85b
21147 Hamburg
040 / 7966399
Herwig.meyer@tu-harburg.de

Susila Dharma – Soziale Dienste e.V.
Jenerseitedeich 120
21109 Hamburg
040 / 7541748
sd-germany@susiladharma.org
www.susiladharma.de

terre des hommes e.V. Regionalgruppe Hamburg
Georg-Clasen-Weg 60
22414 Hamburg
040 / 59 32 44
kajz@gmx.de
www.tdh-hamburg.de.vu

Togo Freunde – Les amis du Togo e.V.
Wandsedamm 1
22047 Hamburg
0174 / 4029067
Rakekpe@yahoo.de

Verein für Internationale Medizinische Zusammenarbeit e.V.
Auf der Höhe 15
21109 Hamburg
040 / 41095480
office@vimz.de
www.vimz.de

Verein zur Förderung der Entwicklungspädagogischen Zusammenarbeit e.V.
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
040 / 393156
vzf@jpberlin.de

Viva con Agua de Sankt Pauli e.V.
Große Brunnenstraße 63 A
22763 Hamburg
040 / 41260915
kontakt@vivaconagua.org
www.vivaconagua.org

WEM Wirtschaftsstelle Ev. Missionsgesellschaften
Stöteroggestraße 71
21339 Lüneburg
04131 / 77800
wem@wem-hamburg.de
www.wem-hamburg.de

Werkstatt 3 e.V.
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
040 / 392191
info@werkstatt3.de
www.werkstatt3.de

Eine Welt Politik beginnt vor Ort, in der reichen Hafenmetropole.

Der Arbeitskreis »Entwicklungspolitik in Hamburg« im Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. (EWNW) präsentiert neun Themen, die in seinen Augen Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe für die Stadt Hamburg besonders gut beleuchten. Und er wirft Licht auf das große Engagement und Potenzial entwicklungspolitischer Vereine und Initiativen in der Hansestadt. Die Broschüre berichtet über Städtepartnerschaften, Rüstung, Wirtschaft und Handel, Postkolonialismus, entwicklungspolitische Bildung, Migration und einige weitere Themen: neun Texte zu wichtigen Aspekten, die den Mitgliedsgruppen des EWNW-Arbeitskreises unter den Nägeln brennen.

Wenn Hamburg auf Kohle und Atom setzt, wirkt sich das auf die Länder des Südens aus, sei es durch den Klimawandel oder die Verseuchung durch Uranabbau. Wenn LehrerInnen bei Schulpartnerschaften mit Ländern des Südens auf sich alleine gestellt sind, können diese Initiativen schnell ins Leere laufen. Solange Hamburg keine entwicklungspolitischen Leitlinien hat – wie etwa die Stadt Berlin – fehlen Senat und Bürgerschaft wichtige Anhaltspunkte, wie sie bei Entscheidungen entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigen können.

Dass Entwicklungspolitik nicht nur in Berlin gemacht wird, sondern auch Aufgabe der Länder und Kommunen ist, hat sich noch nicht bei allen herumgesprochen. Die Broschüre wendet sich deshalb auch mit konkreten entwicklungspolitischen Forderungen an politische EntscheidungsträgerInnen. Doch Eine-Welt-Politik ist nicht nur Sache der Abgeordneten und SenatorInnen – sie beginnt im Kleinen und geht Alle an: Ein Bewusstsein und Handeln, das die Auswirkungen auf den globalen Süden mitbedenkt, muss auch Sache der Unternehmen, Verbände, Medien und Privatpersonen sein. Wer mehr über Entwicklungspolitik in Hamburg erfahren möchte, bekommt in diesem Heft erhellende Einblicke.

EINE WELT NETZ WERK Hamburg e.V.

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.
Große Bergstraße 255 22767 Hamburg Tel.: 040/358 93 86 Fax: 040/358 93 88 info@ewnw.de www.ewnw.de

Förderer: InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ